

Niederschrift

über die 22. öffentliche Sitzung der **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Obendorf, welche am Mittwoch, dem **12. Dezember 2012**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 26. September 2012
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Bericht Überprüfungsausschuss
5. Gemeinn. Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft (GOK) - Bilanz 2011
6. Jahresvoranschlag 2013
7. Jahresvoranschlag 2013 - Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG
8. Haushaltsbeschluss 2013
9. Stellenplan 2013
 - a) Stadtgemeinde
 - b) Seniorenwohnhäuser
 - c) Krankenhaus
10. Mittelfristiger Finanzplan
 - a) Stadtgemeinde
 - b) Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG
11. Verlängerung Kontokorrentkredit Salzburger Sparkasse
12. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG
 - a) Zusatz Mietvertrag GP 803 und 810/1 (Schulzentrum Watzmannstraße)
 - b) Zusatz Mietvertrag GP 730/3 (Hauptschule)
13. Untermietvertrag BMUKK
 - a) Bundesoberstufenrealgymnasium (BORG)
 - b) Turnhallen Schulzentrum Watzmannstraße
14. Nutzungsvereinbarung BHAK/BHAS/PTS
15. Ausschreibung Reinigungsleistungen - Bestbieterverfahren
16. Energielieferverträge
17. Änderung Förderrichtlinien Solar, Wärmepumpen, Photovoltaik
18. Bedarfsfeststellung nach dem Salzburger Kinderbetreuungsgesetz
19. Bebauungsplan der Grundstufe „Oberndorf-Mitte“
20. Freigabe eines Aufschließungsgebietes im Bereich „Oberndorf-Mitte“
21. Teilabänderung Flächenwidmungsplan im Bereich „Römerweg (Billa)“
22. Teilabänderung Flächenwidmungsplan im Bereich „Ziegelhaiden (Holztrattner)“ mit Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Ziegelhaiden GSWB“
23. Ehrungen
24. Aufträge, Anschaffungen
25. Subventionen
26. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Josef Auzinger
GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder

GV Michael Hillebrand, MAS
GV Bärbel Stahl
GV Ing. Florian Moser
2. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Gerhard Rosenstatter
GV Peter Illinger
Stadtrat Ing. Johann Schweiberer, BEd
GV Dietmar Prem
GV Dipl.-Ing. Hans Weiner
Stadträtin Maria Petzlberger
GV Markus Strobl
GV Josef Hagmüller

Entschuldigt abwesend:

GV Marion Reitsamer
GV Anna Schick
GV Markus Doppler
GV Anneliese Höller

Weiters anwesend:

Mag. Thomas Mayrandl, Geschäftsführer GOK, zu TOP 5.
MMag. Ewald Klösch, Steuerberater, zu TOP 5.
Doris Moßhammer, Leiterin Finanzverwaltung
Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 15 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 21 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung der Sitzung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zugestellt, es bestehen dagegen keine Einwände.

Da zur heutigen Tagesordnung seitens der anwesenden Zuhörer keine Fragen bestehen, entfällt die Bürgerfragestunde.

2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 26. September 2012

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 26. September 2012 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

3.1. Sitzungsplan 2013

Der Sitzungsplan für das kommende Jahr 2013 wurde in der letzten Gemeindevorstandssitzung den Fraktionen bekannt gegeben. Es liegen keine Wortmeldungen bzw. Änderungswünsche dazu vor. Der Plan wird den Gemeindevertretungsmitglieder per Mail (bzw. per Post) zugestellt.

3.2. Weihnachtsfeier Pfadfinder

Die Pfadfindergruppe Oberndorf lädt die Gemeindevertretung zur Weihnachtsfeier am 22. Dezember um 17.00 Uhr in der Wallfahrtskirche Maria Bühel ein.

4. Bericht Überprüfungsausschuss

Überprüfungsausschuss-Obmann GV Josef Hagmüller berichtet, dass am 4. Dezember 2012 eine Überprüfungsausschuss-Sitzung stattgefunden hat, in der der Kassastand der Stadtgemeinde, der Stadtgemeinde Immobilien KG und der Verwaltungsgemeinschaft der Seniorenwohnhäuser Oberndorf und Bürmoos überprüft wurde. Die Kassenbestände stimmten mit den Geldbeständen überein. Ebenso wurde die Bilanz der GOK durch GF Mag. Mayrandl ausführlich vorgestellt. Hier lagen aber keine Unterlagen vor, weshalb er sich schwer tue, darüber abzustimmen.

5. Gemeinn. Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft (GOK) - Bilanz 2011

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Gemäß § 10 in Verbindung mit § 8 Abs. 7 Zahl f des Gesellschaftsvertrages der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft mbH ist der Jahresabschluss der GOK durch die Generalversammlung der Gesellschaft zu beschließen. Gesellschafter der GOK sind mit 51% die Stadtgemeinde Oberndorf und mit 49% die VAMED Management & Service GmbH & Co KG. Im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung sind dazu die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Der Geschäftsführer der GOK, Herr Mag. Thomas Mayrandl, wird im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung die Bilanz 2011 vorstellen.

Weiters wurde in der Sitzung des Überprüfungsausschusses am 04.12.2012 gemäß § 54 Abs. 1 Sbg. GdO 1994 die Bilanz der GOK durch den Wirtschaftsprüfer Herrn Mag. Klösch und durch den Geschäftsführer präsentiert.

Laut Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED erfolgt die Gesamtfinanzierung des PPP-Modells durch die VAMED. Die VAMED hat in der Rahmenvereinbarung die Kosten- und Termingarantie, die Garantie für die Erfüllung des Versorgungsauftrages, die Betriebs- und Qualitätsgarantie sowie die Ergebnisgarantie übernommen.

Durch die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg wurde die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2011 durchgeführt und zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Beschlussfassung für den Gesellschafterausschuss erfolgt im Umlaufweg.

Durch die Gemeindevertretung als Gesellschafter sind folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Den Jahresabschluss der GOK zum 31.12.2011 zu genehmigen
2. Den Bilanzverlust des Geschäftsjahres 2011 inklusive Verlustvorträge in Höhe von € 1.108.974,11 auf neue Rechnung vorzutragen
3. Der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2011 die Entlastung zu erteilen
4. Die Bestellung der SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Nonntaler Hauptstraße 49, 5020 Salzburg, zum Abschlussprüfer für das Jahr 2012 vorzunehmen.“

Die Herren Mag. Mayrandl und Mag. Klösch haben die Bilanz im Überprüfungsausschuss den Mitgliedern erklärt. Mag. Klösch berichtet darüber wie folgt:

Es wurden die Rahmenbedingungen wiederholt: 51 % der GOK hält die Stadtgemeinde. Das wirtschaftliche Risiko wurde an die VAMED abgegeben und die Stadtgemeinde kann nie wirtschaftlich betroffen sein. Sollte diesbezüglich etwas passieren, ist sichergestellt, dass die GOK-Liegenschaft wieder an die Gemeinde zurück fällt. Die Liegenschaft kann auch nicht übermäßig belastet sein. Die VAMED hat sich verpflichtet, große Investitionen durchzuführen. Vermögen: € 150 Mio., Investitionen im letzten Jahr: ca. 20 Mio. (Neu- und Zubauten). In den Jahren zuvor konnten ausgeglichene Ergebnisse erreicht werden. Die Vorfinanzierung der Förderung bedeutet große Verluste in der GOK. Es ist natürlich schwierig, das immer größer werdende Haus ausgeglichen zu führen, was die Gemeinde jedoch nicht betrifft.

Der Verlust 2011 beträgt ca. 1 Mio. Euro. Das Eigenkapital wurde aufgebraucht. Die hohen Subventionen, die für die GOK gewährt wurden, haben dazu geführt, dass die 50%ige Eigenkapitalquote bestehen bleibt. Die Mittel des Landes Salzburg (ca. 25 Mio. Euro) bewirken, dass die Gesellschaft gut da steht. Die Vereinbarung mit dem Partner sieht vor, dass nachrangige Darlehen zu gewähren sind und die liquiditätsmäßige Absicherung sichergestellt ist. Durch die zusätzlichen Investitionen konnten auch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aus Prüfersicht ist darauf zu achten, dass der Jahresabschluss ordnungsgemäß ist. Die für die Kontrolle verwendeten Methoden sind Stichproben der wesentlichen Investitionen. Die Salden in den Jahresabschlüssen müssen korrekt sein. Es gibt kaum Beanstandungen im Rechnungswesen, dies funktioniert sehr gut. Wir als Wirtschaftsprüfer haben einen uneingeschränkten Bescheid erteilt, denn es ist aus unserer Sicht nichts auszusetzen. Der Art und Weise, wie das Rechnungswesen erfolgt, können wir ein Kompliment aussprechen.

Mag. Mayrandl: Im Februar wurde der Neubau in Betrieb genommen. Wir hatten ein „Schrumpffahr“, doch konnten wir die Mitarbeiteranzahl steigern. Die Arbeitsplätze sind hoch qualifiziert. Fakt ist, dass die Zahl der Aufnahmen gegenüber früher wesentlich zugenommen hat. Die Orthopädie ist sehr erfolgreich, ebenso die Ambulanzfrequenz. 2012 kann sich dieser Trend auch manifestieren. Damit ist ein wesentlicher Versorgungsauftrag für die Region erfüllt.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Was ist das operative Ergebnis?

Mag. Klösch: € 1,034.000,-- Jahresverlust (Verbuchung von Einmalzahlungen, die sich aus der Finanzierung ergeben). Sie meinen wahrscheinlich, was in einem normalen Regeljahr passiert wäre - das kann man nicht so einfach sagen. In diesem Ergebnis sind auch die Abschreibungen enthalten. Die Größe des Hauses ist wirtschaftlich natürlich eine Herausforderung.

Bürgermeister: Der Betrieb stellt sich gut dar, die Belastungen ergeben sich aus den Abschreibungen.

GV Prem: Ich kann aus demselben Grund wie im Vorjahr nicht mit abstimmen, weil ich keine schriftlich vorliegende Bilanz habe. Ich habe keine Gegenüberstellung, das Mündliche nützt mir nichts. Ich hatte keine Orientierungsmöglichkeit. Dies geht nicht gegen Herrn Mag. Mayrandl oder die VAMED, doch ich hätte gerne etwas in Händen. Wenn das nicht möglich ist, stimme ich nicht zu.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Grundsätzlich war uns die Richtung der Entwicklung klar, dass erhebliche zusätzliche Aufwendungen auf die GOK zukommen. Es ist erfreulich, dass es die Gemeinde Oberndorf nichts kostet. Ich hoffe auch, dass die VAMED dies auf Dauer finanzieren kann und will. Mich würde interessieren: Was ist die Zielrichtung? Ich würde gerne eine 3-Jahres-Planung kennen, um als Gemeindevertreter abschätzen zu können, wo die Richtung hin geht. Das Haus funktioniert und es steht toll da, das steht außer Zweifel. Ich hoffe, wir können es so halten.

Mag. Mayrandl: Eine Vorschau auf die kommenden Jahre ist relativ schwierig, da wir „fremdgesteuert“ sind. Der Standort Oberndorf steht jedoch außer Frage und es soll zu keiner Bettenreduktion kommen. Diese werden auch in Zukunft bestehen bleiben. Im niedergelassenen Bereich gibt es Entwicklungen, die aus den Medien zu entnehmen sind. Diese versuchen wir gemeinsam mit dem Land und dem Bund zu gestalten und Wege zu gehen, die den Standort Oberndorf stärken. Der Bereich Radiologie beispielsweise ist schwierig, doch wir werden natürlich bemüht sein, diesen Meilenstein so schnell wie möglich zu setzen. Das PPP-Modell ist für die VAMED wesentlich und Oberndorf ist ein Referenzprojekt. Es war ausschlaggebend, dass die VAMED am chinesischen Markt reüssiert hat und auch aus Holland ist eine Delegation angesagt.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Auf Dauer wird sich die VAMED einen derartigen Verlustausgleich nicht leisten wollen.

Mag. Mayrandl: Essentiell ist, wie sich die Entwicklung im Gesundheitswesen allgemein auswirkt. Es geht nicht nur um die zentralen Strukturen. Oberndorf ist vielmehr ein Beispiel, wie an der Peripherie perfekt gearbeitet wird. Ich behaupte, dass Oberndorf eine sehr gute Qualität erbringt.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Wir haben uns damals in der Gemeindevertretung für die VAMED als Partner entschieden. Ich habe damals mitgestimmt und ich trage diese Entscheidung auch jetzt noch mit, obwohl ich mir bewusst bin, dass es aus irgendwelchen Gründen auch schief gehen kann. Ich habe das Vertrauen in einen kompetenten Prüfer.

Mag. Klösch: Das Gesundheitsgeschäft zu betreiben ist keine aufgelegte Sache, die zwangsweise für die VAMED auch gut geht. Wenn man sich schnell mitbewegen kann, dann ist die Partnerschaft in der aktiven Zusammenarbeit Ziel führend. Es ist wichtig, eine gute Beziehung zu pflegen und miteinander zu arbeiten. Langfristig macht es für die VAMED nur Sinn, wenn man handlungsfähig ist.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Mich würde interessieren, wie es mit den weiteren Investitionen aussieht. Was ist mit dem Ärztezentrum geplant?

Mag. Mayrandl: 2012 wurden die notwendigen Sanierungsarbeiten durchgeführt. Was das Krankenhaus betrifft, werden wir im Frühjahr des nächsten Jahres fertig sein, anschließend wird das Ärztezentrum realisiert. Die Gespräche sind bereits sehr weit gediehen. Ich bitte jedoch um Verständnis, dass wir noch nicht an die Öffentlichkeit gehen können. 2013 werden die Gespräche abgeschlossen und dann wird das möglich sein.

Stadtrat Stranzinger: Wir wussten worauf wir uns die nächsten Jahre einlassen und werden der Bilanz natürlich zustimmen. Mich interessiert, wie es in der Zukunft weiter geht, denn die langfristige Absicherung der Gesundheitsversorgung ist enorm wichtig. Damit verbunden ist auch die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. In Verbindung mit der Reha, das betrifft die VAMED selbst, hat das einen massiven Einfluss auf die Gesamtsituation. Wie ist es angelaufen und wie ist die Auslastung?

Mag. Mayrandl: Es ist gut angelaufen, wir haben nahezu eine Vollaustattung. Es wurden hier zusätzlich über 40 Arbeitsplätze für das Gesundheitszentrum geschaffen. Wir nutzen die Möglichkeit, dass die Krankenhaus-Küche auch andere Einrichtungen versorgt. Auch bei der Reinigungsausschreibung konnten wir Erfolge erzielen. Die VAMED sieht das Gesundheitszentrum als Gesamtes. Der Letztausbaustand steht noch an.

Bürgermeister: Die Realisierung des Ärztezentrums ist auch im Zusammenhang mit dem späten Auszug der SALK zu sehen, doch wir sind trotzdem noch immer im Zeitplan. In der GOK sind vier Vertreter der Stadtgemeinde, die Übersicht in der Gebarung ist gegeben. Die Entscheidungen fallen in einem Mehrheitsverhältnis und die Gemeinde ist bestmöglich informiert. Es ist zum Vorteil für die Stadtgemeinde Oberndorf, dass wir bei den Energielieferverträgen zeitgleiche Verhandlungen vorgenommen haben und dadurch gute Konditionen erzielen konnten. Im Bereich der Kommunalsteuer kommt es zu Mehreinnahmen für die Stadt und wir erwarten diesbezüglich mit Freude auch die Erweiterung des Reha-Zentrums. Es ist für Oberndorf ein Mehr an Arbeitsplätzen entstanden. Die VAMED geht gewissenhaft an das gesamte Projekt heran. Natürlich gibt es laufend Neuerungen. Unabhängig von der derzeitigen Diskussion im Land wird versucht, innerhalb der Gemeindekrankenhäuser eine bessere Finanzierung zu erreichen, vor allem im Bereich der Ausgleichszahlungen. Die Diskussion ist bekanntlich schon alt und wir haben uns immer mit den Leistungspunkten auseinanderzusetzen, nach der sich die Finanzierung letztendlich richtet. Der Betrieb des Gesundheitszentrums ist höchst professionell. Auslastung und Qualität sind stark gestiegen, die Verweildauer ging nach unten bei höherer Qualität. Wir haben Ärzte, die Auszeichnungen am wissenschaftlichen Sektor erzielen und darüber hinaus Cofinanzierungen für das Krankenhaus Oberndorf auf die Füße stellen. Es kommt dadurch auch ein Kundenbereich dazu, der finanziell lukrativ ist, wodurch das Krankenhaus betrieblich sehr gut da steht. Wenn natürlich ein Krankenhaus errichtet wird und die Baufertigstellung erreicht ist, setzen die Tilgungen ein. Dann sieht die Situation natürlich anders aus, bis sich das Ganze wieder abgeschwächt hat.

Ich bin überzeugt, dass die VAMED weiß, welches Risiko sie bei den Vertragsverhandlungen eingegangen ist und weiß, wir haben sehr gut verhandelt. Das primäre Ziel der Kostenminimierung und Risikoabwendung für die Stadtgemeinde Oberndorf ist uns gelungen und ich kann nur empfehlen, die Bilanz zu beschließen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag auf Beschlussfassung folgender Punkte:**

1. **Den Jahresabschluss der GOK zum 31.12.2011 zu genehmigen,**
2. **den Bilanzverlust des Geschäftsjahres 2011 inklusive Verlustvorträge in Höhe von €1.108.974,11 auf neue Rechnung vorzutragen,**
3. **der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2011 die Entlastung zu erteilen,**
4. **die Bestellung der SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Nonntaler Hauptstraße 49, 5020 Salzburg, zum Abschlussprüfer für das Jahr 2012 vorzunehmen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): 18 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (GV Hagmüller, GV Prem, GV Illinger)

6. Jahresvoranschlag 2013

Die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt wurden den Fraktionsvorsitzenden in Papierform zur Vorbereitung übermittelt. Jedes Mitglied der Gemeindevertretung erhielt mit dem Amtsbericht gesondert eine Zusammenstellung des Jahresvoranschlages 2013.

Bürgermeister Schröder erläutert anhand der nachfolgenden Präsentationsunterlagen in den verschiedensten Teilbereichen das Budget 2013.

Jahresvoranschlag 2013

Entwurf

Zusammenfassung

	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
Ordentlicher Haushalt			
Gemeinde (ohne Betrieb KH, VWG)	14.585.700,00	11.943.700,00	12.536.581,08
Betrieb Seniorenwohnhäuser	9.552.600,00	9.396.600,00	8.682.988,16
Summe	24.138.300,00	21.340.300,00	21.219.569,24
Außerordentlicher Haushalt	1.779.500,00	9.157.500,00	6.340.225,36
Zwischensumme	25.917.800,00	30.497.800,00	27.559.794,60
abz. Doppelzahlungen	5.630.600,00	5.325.400,00	4.910.070,11
Gesamtsumme Netto	20.287.200,00	25.172.400,00	22.649.724,49

Gliederung nach Gruppen

Einnahmen ordentlicher Haushalt

		Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	709.200,00	707.100,00	751.629,16
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	27.300,00	8.700,00	26.640,02
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	3.107.100,00	1.658.600,00	1.769.035,09
3	Kunst, Kultur und Kultus	244.800,00	8.500,00	22.763,91
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	700,00	700,00	22.208,51
5	Gesundheit	89.500,00	86.000,00	89.494,34
6	Straßen- und Wasserbau Verkehr	757.700,00	661.600,00	762.568,11
7	Wirtschaftsförderung	100,00	100,00	72,15
8	Dienstleistungen	3.116.600,00	2.584.000,00	2.708.016,78
9	Finanzwirtschaft	6.532.700,00	6.228.400,00	6.384.153,01
	Summe	14.585.700,00	11.943.700,00	12.536.581,08
	Untervoranschläge			
	Seniorenwohnhäuser	9.552.600,00	9.396.600,00	8.682.988,16
	Gesamtsumme	24.138.300,00	21.340.300,00	21.219.569,24

Gliederung nach Gruppen

Ausgaben Ordentlicher Haushalt

		Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	1.496.300,00	1.474.500,00	1.616.496,09
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	228.600,00	223.500,00	246.465,58
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	5.342.500,00	3.752.400,00	3.574.200,95
3	Kunst, Kultur und Kultus	475.300,00	220.900,00	456.104,23
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung (Ertragsanteile)	856.600,00	721.100,00	796.639,10
5	Gesundheit	541.100,00	526.300,00	519.355,16
6	Straßen- und Wasserbau Verkehr	1.422.800,00	1.333.200,00	1.369.628,58
7	Wirtschaftsförderung Besamung, sonst.Ausg.	12.400,00	9.200,00	11.495,36
8	Dienstleistungen	3.511.000,00	3.009.300,00	3.032.042,45
9	Finanzwirtschaft	699.100,00	673.300,00	914.153,58
	Summe	14.585.700,00	11.943.700,00	12.536.581,08
	Untervoranschläge			
	Seniorenwohnhäuser	9.552.600,00	9.396.600,00	8.682.988,16
	Gesamtsumme	24.138.300,00	21.340.300,00	21.219.569,24

Ordentlicher Haushalt

Beiträge an Gemeindeverbände und Gesellschaften extern

		Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
1/0310	Regionalverband Raumordnung	5.700,00	7.100,00	6.619,91
1/0310	Regionalverband Regionalprogramm	7.200,00	6.600,00	3.255,22
1/0310	Regionalverband Leader	5.700,00	6.700,00	6.675,60
1/0610	Regionalverband Subventionen	2.700,00	2.600,00	2.466,55
1/5520	Krankenhaus GOK RTA	157.800,00	150.700,00	146.457,00
1/5520	Krankenhaus Selbstträgerschaft	92.000,00	92.000,00	91.999,98
1/6160	Europastegerichtungsgesellschaft	59.200,00	55.300,00	54.616,71
1/6990	Regionalverband Nachtzug	2.200,00	2.200,00	2.090,45
1/6990	Regionalverband Verkehr	300,00	-	
1/8130	Regionalverband Umwelt	14.300,00	20.200,00	11.961,44
1/8130	Abfallentsorgungshof	108.800,00	118.500,00	112.721,48
1/8510	Reinhalteverband	1.178.700,00	1.060.800,00	928.169,80
	Summe	1.634.600,00	1.522.700,00	1.367.034,14

Beiträge an Immobilien KG

		Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
1/2110	Volksschule Nahwärme	1.700,00	23.100,00	21.246,55
1/2120	Hauptschule Miete/Instandhaltungen	36.900,00	244.400,00	232.122,52
1/2130	SPZ Nahwärme	600,00	8.500,00	7.787,79
1/2140	PTS Miete/Instandhaltungen	27.100,00	77.300,00	53.224,66
1/2150	BORG Miete/Instandhaltungen	5.100,00		
1/2210	HAK/HAS Miete/Instandhaltungen	39.600,00	135.200,00	38.267,93
1/2630	Stadthalle Nahwärme	1.100,00	15.200,00	13.911,43
1/6170	Bauhof Miete/Instandhaltungen	3.800,00	52.300,00	20.103,01
1/8490	Sonst.Liegenschaften Miete/Instandh.	2.400,00		
	Summe	118.300,00	556.000,00	386.663,89

Beiträge an Gemeindeverbände und Betriebe intern

		Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
1/0221	Standesamt	12.200,00	14.200,00	17.435,04
1/0251	Staatsbürgerschaft	5.600,00	6.300,00	7.451,84
1/5101	Gesundheitssprengel	5.400,00	5.100,00	5.319,43
1/8594	Seniorenwohnhäuser	146.300,00	160.000,00	138.828,64
	Summe	169.500,00	185.600,00	169.034,95

Personalkosten

	Verwaltungszweig	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
1/0000	Mandatare DG Beitrag	3.000,00	3.000,00	2.924,00
1/0100	Zentralamt	233.700,00	223.400,00	215.683,06
1/0110	Personalamt	92.300,00	112.800,00	85.632,95
1/0230	Einwohneramt	65.800,00	60.500,00	127.976,42
1/0240	Wahlangelegenheiten	14.600,00	5.700,00	208,80
1/0300	Bauamt	214.300,00	207.300,00	190.859,80
1/9000	Finanzverwaltung	213.300,00	217.200,00	196.069,77
	Summe	834.000,00	826.900,00	816.430,80
1/0220	Standesamt	41.500,00	40.600,00	38.881,37
1/0250	Staatsbürgerschaft	26.900,00	26.100,00	25.403,86
	Summe	68.400,00	66.700,00	64.285,23
1/0160	EDV	105.800,00	107.400,00	81.357,90
1/2110	Volksschule	139.000,00	129.400,00	122.642,88
1/2120	Hauptschule	5.100,00	5.800,00	4.089,70
1/2130	Sonderschule	79.600,00	97.000,00	76.677,68
1/2140	Polytechnische Schule	25.500,00	26.000,00	23.530,51
	Summe	249.200,00	258.200,00	226.940,77
1/2401	Kindergarten 1	381.900,00	359.000,00	356.917,07
1/2402	Kindergarten 2	304.400,00	287.900,00	264.149,00
1/2403	Kindergarten 3	208.100,00	149.900,00	142.936,51
1/2405	Krabbelstube	93.900,00	98.700,00	87.126,53
1/2409	Kinderg.-Sprachförderung	7.400,00	7.200,00	3.366,52
	Summe	995.700,00	902.700,00	854.495,63
1/2730	Bücherei	41.600,00	40.600,00	38.016,12
1/5100	Gesundheitssprengel	7.500,00	6.900,00	6.516,07
1/5290	Umweltschutz	79.900,00	77.400,00	72.776,85
1/6170	Bauhof	653.500,00	632.500,00	573.671,83
1/8131	Abfallentsorgungshof	42.200,00	40.500,00	38.813,51
1/8462	Musikum	11.700,00	11.500,00	7.381,53
	Summe	3.092.500,00	2.974.300,00	2.783.610,24
	Untervoranschläge			
1/8594	Verw.Gemeinschaft	3.561.500,00	3.477.700,00	3.184.890,56
	Gesamtsumme	6.654.000,00	6.452.000,00	5.968.500,80

Ordentlicher Haushalt

Gemeindeeigene Steuern

Steuerart	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
Grundsteuer A	2.700,00	2.700,00	2.650,11
Grundsteuer B	290.000,00	280.000,00	293.168,38
Kommunalsteuer	1.055.000,00	1.040.000,00	1.051.138,48
Fremdenverkehrsabgabe	1.300,00	600,00	505,05
Vergnügungssteuer	1.000,00	5.500,00	5.950,40
Hundesteuer	10.000,00	8.900,00	8.909,69
Zwischensumme	1.360.000,00	1.337.700,00	1.362.322,11
Ertragsanteile	4.648.900,00	4.468.800,00	4.352.726,45
Selbstträgerschaft	114.500,00	114.500,00	114.484,29
Schlüsselzuweisung	145.300,00	89.000,00	6.023,97
Gesamtsumme	4.908.700,00	4.672.300,00	4.473.234,71

Gebühren und Beiträge

Gebührenart	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
Verwaltungsabgaben allgem.	10.000,00	22.000,00	21.865,50
Standesamts-Staatsb.Geb.	13.000,00	9.800,00	8.752,70
Kommissionsgebühren	1.200,00	1.500,00	1.692,00
Kindergartenbeiträge 1	62.100,00	62.100,00	59.835,64
Kindergartenbeiträge 2	106.700,00	119.900,00	104.320,78
Kindergartenbeiträge 3	51.700,00	56.200,00	50.118,99
Krabbelstube	26.000,00	26.400,00	34.776,44
Heimatmuseum	4.600,00	4.500,00	4.069,45
Müllabfuhrgebühren	592.900,00	582.700,00	581.825,72
Friedhofgebühren	36.000,00	36.000,00	33.885,08
Marktgebühren	12.000,00	8.000,00	9.326,40
Wasseranschlußgebühren	118.000,00	38.000,00	39.026,41
Wasserzins	379.500,00	372.000,00	350.885,48
Kanalanschlußgebühren	165.700,00	52.000,00	113.670,14
Kanalgebühren	1.080.000,00	1.045.000,00	994.605,08
Summe	2.659.400,00	2.436.100,00	2.408.655,81

Ertragsanteile

		JR 2009	JR 2010	JR 2011	VA 2012	VA 2013
Bedarfsausgleich	2/925/8590	277.913,28	294.979,12	324.893,89	335.700,00	354.900,00
Bevölkerungsschlüssel	2/925/8592	3.349.191,65	3.311.020,79	3.762.116,49	3.878.000,00	4.040.000,00
Getränkesteuerausgleich	2/925/8593	216.976,67	219.200,92	222.588,96	210.400,00	209.200,00
Werbsteuernausgleich	2/925/8594	24.889,76	25.128,39	26.310,59	26.800,00	25.800,00
Finanzzuweisung	2/925/8595	17.763,48	16.422,84	16.816,52	17.900,00	19.000,00
Selbstträgerschaft	2/925/8596	22.484,29	22.484,31	22.484,31	22.500,00	22.500,00
Summe		3.909.219,13	3.889.236,37	4.375.210,76	4.491.300,00	4.671.400,00
Differenz					116.089,24	180.100,00
Differenz %					2,65	4,01
Schlüsselzuweisung	2/947/8610	107.480,23	108.844,77	6.023,97	89.000,00	145.300,00
Summe ETA u. Struktur		4.016.699,36	3.998.081,14	4.381.234,73	4.580.300,00	4.816.700,00
Differenz					199.065,27	236.400,00
Differenz %					4,54	5,16

Schuldenstand VA 2013

	Kategorie 1	Kategorie 2	Kategorie 3	Summe
Anfangsstand	10.505.104,00	2.129.696,00	9.600.000,00	22.234.800,00
Zugang				-
Abgang	576.200,00	143.000,00	917.000,00	1.636.200,00
Endstand	9.928.904,00	1.986.696,00	8.683.000,00	20.598.600,00
Endstand Kat. 1 u. 2		11.915.600,00		

Erläuterungen:

In der Schuldenkategorie 1 sind die Darlehen Errichtung und Einrichtung Neubau PTS inklusive Anteil der Sprengelgemeinden enthalten.

In der Schuldenkategorie 3 ist das Darlehen des Bundes für den Neubau HAK/HAS verbucht. Die Annuitäten werden als laufender Transfer des Bundes in der laufenden Gebarung verbucht. Ebenso der Anteil der Sprengelgemeinden an den Annuitätzahlungen für die PTS.

Annuitätendienst	VA 2012	VA 2013
Tilgung	541.000,00	1.636.200,00
Zinsen	186.800,00	234.900,00
Ersatz Bund		1.014.400,00
Ersatz Sprengelgem. PTS		88.200,00
Summe	727.800,00	768.500,00

Haftungen	VA 2012	VA 2013
Anfangsstand	15.601.500,00	14.666.100,00
Zugang		
Abgang	545.500,00	820.400,00
Endstand	15.056.000,00	13.845.700,00

Dauerschuld/Leasing	VA 2012	VA 2013
Jahrestreffnis	538.000,00	498.500,00

Rückstellungen	VA 2012	VA 2013
Anfangsstand	555.588,41	705.388,41
Zugang	175.800,00	241.500,00
Abgang	155.300,00	373.100,00
Endstand	576.088,41	573.788,41

Rücklagen	VA 2012	VA 2013
Anfangsstand	68.660,00	2.093.758,60
Zugang	300,00	40.300,00
Abgang		200.000,00
Endstand	68.960,00	1.934.058,60

Wertpapiere/Beteiligung	VA 2012	VA 2013
Anfangsstand	139.802,27	191.955,52
Zugang	47.500,00	53.000,00
Abgang		
Endstand	187.302,27	244.955,52

Gegebene Darlehen	VA 2012	VA 2013
Anfangsstand	7.905.103,43	15.267,57
Zugang	7.432.600,00	
Abgang	13.300,00	500,00
Endstand	15.324.403,43	14.767,57

Zuführungen zum Außerordentlichen Haushalt

Bezeichnung	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
Kindergarten I	30.100,00	-	-
Kindergarten II	30.600,00	2.100,00	-
Kindergarten III		139.500,00	5.585,00
Straßenbau allgemein	109.000,00	-	-
Straßenbau Gastag	-		173.153,74
Museumsquartier - Alter Pfarrhof	200.000,00	-	
Sanierung Schulweg	67.800,00	67.900,00	-
Fußgängerübergänge		5.900,00	15.219,77
Wasserversorgung Sanierung Schulweg	40.000,00	40.000,00	-
Transportleitung Böhelhaiden	-		115.105,93
Gesamtsumme	477.500,00	255.400,00	309.064,44

Rückführungen zum Ordentlichen Haushalt

Bezeichnung	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
Gesamtsumme	-	-	-
Differenz (Zuführungen netto)	477.500,00	255.400,00	309.064,44

Zusammenstellung

Bezeichnung	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
Investitionen OH Netto	450.600,00	316.900,00	360.497,75
Nettozuführungen zum AO Haushalt	477.500,00	255.400,00	309.064,44
Summe	928.100,00	572.300,00	669.562,19

Ordentlicher Haushalt

Investitionen (Postengruppe 0) und sonstige investive Massnahmen

		Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
Investitionen				
1/0100	Gemeindeamt	12.000,00	2.000,00	
1/0160	EDV	17.500,00	42.000,00	61.397,59
1/0220	Standesamt	3.300,00	900,00	
1/0250	Staatsbürgerschaft	2.200,00	600,00	
1/0300	Bauverwaltung	-	-	
1/1630	Feuerwehr	15.000,00	15.000,00	8.369,24
1/2110	Volksschule		11.200,00	7.529,63
1/2120	Hauptschule	14.000,00	16.500,00	726,47
1/2130	Sonderschule	2.000,00	4.000,00	4.120,08
1/2140	Polytechnische Schule	1.500,00	-	
1/2401	Kindergarten 1	23.800,00	8.200,00	7.602,60
1/2402	Kindergarten 2	2.400,00	2.500,00	2.175,68
1/2403	Kindergarten 3	3.300,00	-	428,67
1/2620	Skateplatz/Spielplatz	20.000,00	8.400,00	
1/3620	Denkmalpflege	42.000,00	-	
1/3630	Altstadterhaltung, Ortsbild	-	-	14.137,88
1/6120	Straßen			2.093,04
1/6170	Bauhof	4.900,00	17.200,00	7.471,50
1/8130	Abfallbeseitigung		1.000,00	1.552,80
1/8151	Kinderspielplätze	8.000,00	5.100,00	10.071,27
1/8170	Friedhof	-	-	9.954,25
1/8463	Gemeindeeigene Wohnungen			650,00
1/8500	Wasserversorgung	1.000,00	500,00	5.040,60
1/8594	VWG Seniorenwohnhäuser	30.000,00	25.000,00	102.899,79
1/9130	Wertpapier	53.000,00	47.500,00	43.216,78
Summe		255.900,00	207.600,00	289.437,87
Sonstige investive Massnahmen				
1/1630	Feuerwehr	39.800,00	20.000,00	
1/2110	Volksschule	8.400,00	9.500,00	8.460,44
1/2130	SPZ Gebäude	80.100,00	-	3.657,87
1/2120	Hauptschule	28.900,00		21.133,35
1/2140	Polytechnikum	13.400,00	-	
1/2401	Kindergarten 1		4.500,00	
1/3620	Denkmalpflege			10.247,89
1/3630	Ortsgebiet/Baumschnitt Kirchplatz Bänke	19.200,00	7.200,00 8.000,00	
1/6170	Bauhof	2.400,00	26.200,00	
1/8150	Parkanlagen/Baumschnitt	2.500,00	3.200,00	27.560,33
1/8151	Kinderspielplätze/Zaun		9.900,00	
1/8170	Friedhof Kapitell		4.800,00	
Summe		194.700,00	93.300,00	71.059,88
Gesamtsumme		450.600,00	300.900,00	360.497,75

Ausserordentlicher Haushalt

Vorhaben

		Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
2150	BORG	294.000,00		
2290	Neubau HAK/HAS/Poly		8.491.000,00	
2291	Neubau Turnhalle HAK/HAS/PTS		160.000,00	
2402	Kindergarten I	72.200,00	5.000,00	
2403	Kindergarten II	73.500,00	336.500,00	5.585,00
3691	Museumquartier-Alter Pfarrhof	1.000.000,00		
6120	Straßenbau allgemein	184.800,00		
6120	Straßenbau allgemein/Schulweg	115.000,00	115.000,00	-
6120	Breitenbauerweg			15.500,00
6125	Salzburger Straße Gastag			283.453,74
6400	Sicherung Fußgängerübergänge		10.000,00	24.919,77
8500	Wasserleitung Schulweg	40.000,00	40.000,00	
8503	Wassertransportleitung Hochzone			119.654,93
8504	Wallfahrtsweg Maria Böhel			
8505	Wasserleitung Haidenöster			
1630	Ankauf Drehleiter			
	Summe	1.779.500,00	9.157.500,00	449.113,44

Ordentlicher Haushalt

Sonstige Maßnahmen

		Voranschlag 2013	Voranschlag 2012	Ergebnis 2011
1/0310	Flächenwidmungsplan	40.000,00	16.000,00	24.519,50
1/2590	Ferienaktionen	33.000,00	25.000,00	28.081,88
1/3690	Festveranstaltungen	9.000,00	7.000,00	7.991,62
1/3690	Kulturelle Veranstaltungen	13.000,00	9.000,00	8.681,15
1/3690	Advent u. Stille Nacht Feier	15.000,00	21.000,00	4.484,33
1/4290	Altenbetreuung	7.500,00	7.500,00	7.307,10
1/6120	Straßeninstandhaltung	62.600,00	37.100,00	23.910,53
1/6400	Straßenmarkierungen	10.800,00	7.800,00	6.369,72
1/8140	Winterdienst	12.000,00	18.000,00	7.255,80
1/8160	Straßenbeleuchtung Instandh.	36.000,00	17.000,00	15.249,95
1/8500	Wasserleitungsinstandhaltung	38.100,00	32.000,00	10.987,33
1/9200	Ausgaben aus Hundesteuer	3.300,00	2.800,00	2.194,16
1/9700	Verstärkungsmittel	35.100,00	25.100,00	-
	Summe	315.400,00	225.300,00	147.033,07

Einige Vorhaben für das nächste Jahr (Außerordentlicher Haushalt):
Straßeninstandhaltungen (z. B. Lindachstraße, Keltenstraße etc.....)
Sanierung Kindergärten
Alter Pfarrhof im Stille-Nacht-Bezirk
Planung BORG usw.

Der Haushalt wurde gewissenhaft erstellt. Wir haben uns Gedanken gemacht, die Gemeinde weiter zu entwickeln und wie wir das am besten finanzieren können. Alles wurde aus dem Ordentlichen Haushalt finanziert, ausgenommen die Polytechnische Schule, für die aufgrund der Größenordnung ein Darlehen aufzunehmen war. Es ist ein wirtschaftlicher Haushalt mit keiner Neuverschuldung.

Ich danke meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Jahresvoranschlags und die Zusammenarbeit während des gesamten Jahres. Die Aufgaben für unsere Stadt werden nicht weniger und auch immer diffiziler. Die notwendige Unterstützung dafür zu haben, ist sehr wichtig, wofür ich allen Abteilungen danke. Ich freue mich auf das kommende Jahr und gebe hiermit die Diskussion frei.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Für den Umfang der zur Verfügung gestellten Unterlagen ist der Zeitraum zu kurz. Ich habe daher nur stichprobenartig in diese einschauen können und finde, dass wir in der Zukunft wesentlich mehr Zeit bekommen müssten. Der zweite Kritikpunkt: Wir finden einen Voranschlag vor, der heute beschlossen werden soll, wir aber ab dem Zeitpunkt, wo wir ihn zu Prüfung bekommen haben, zu wenig Zeit hatten, ihn zu diskutieren, über Prioritäten - wie dies früher der Fall war. Es tut mir als Gemeindevertreter leid, wenn ich dazu degradiert werde, nur ja oder nein zu sagen. Ich nehme das zur Kenntnis.

Einige Punkte haben wir genauer angeschaut. Ein Dank an die Buchhaltung für die genaue Erklärung! Folgendes möchte ich herausheben:

Personalkosten: im Vergleich der Unterlagen des Rechnungsjahres 2011 zum Voranschlag 2013 gibt es keine Erweiterung des Stellenplanes, trotzdem haben wir eine Erhöhung von 12 %. Das ist erklärungsbedürftig.

Zur HAK/HAS/PTS: Wir haben ursprünglich gedacht, der Abriss ist in der Grundfinanzierung enthalten. Du hast auch gesagt, dir sei es gelungen, 50 % zu erhalten. Ist dies nun ursprünglich drinnen oder nicht? Ich habe heute die Auskunft bekommen, der Betrag beläuft sich auf € 600.000,-. Dies ist widersprüchlich.

Weiters stoßen uns die Finanztransaktionen beim Kanal auf. Nach langwierigen Verhandlungen gibt es Einnahmen von 1,3 Mio. Euro. Wir haben beim Reinhalteverband rund 1 Mio. Euro als Kontokorrentkredit geparkt. Warum haben wir das Geld auf ein Sparbuch gelegt und es nicht zurück bezahlt? Auf diese Frage gab es die Antwort, dass die betroffene Firma nicht die Stadtgemeinde Oberndorf sondern das Land Salzburg geklagt hat und wir daher das Geld nicht verwenden können und auf Rücklage setzen müssen. Was passiert mit der einen Million Euro, die im Reinhalteverband geparkt wird? Man hätte jetzt die Möglichkeit gehabt, dies buchhalterisch ausgeglichen darzustellen. Das ist eine Beschönigung der Schulden, diese eine Million kommt in Wirklichkeit ohnehin mindestens dazu.

Zum sog. Museumsquartier: Was uns hier fehlt sind die Folgekosten. Die Investitionskosten und die Finanzierung sind ordnungsgemäß dargestellt, doch der Tourismusverband hat gesagt, er kann es so nicht finanzieren, wie die Verträge derzeit aussehen (zusätzliches Museum, zusätzliches Personal). Kann sich die Stadtgemeinde das leisten und welche Kosten kommen auf uns zu? Wenn wir sagen, wir suchen uns für den Shop einen anderen Betreiber, dann wird er vielleicht bei der Weihnachtsbeleuchtung nicht mehr mitzahlen. Dann hat halt Oberndorf keine Weihnachtsbeleuchtung mehr. Wenn z. B. den Weihnachtsmarkt nicht mehr der Tourismusverband betreibt, dann macht ihn jemand anders, doch die ehrenamtliche Tätigkeit fällt weg. Man muss die Leistungen des Tourismusverbandes, die derzeit erbracht werden, sehen und was er auch bezahlt. Ich muss für unsere Fraktion sagen, dass wir mit dieser Sache nicht einverstanden sind, mir ist das zu wenig. Sollte sich in der Diskussion nicht noch etwas Anderes ergeben, können wir dem Voranschlag nicht zustimmen.

Bürgermeister: Was den Sparwillen des Bürgermeisters gegenüber dem Personal betrifft: Deine Hochrechnung ist vom Voranschlag 2011 auf 2013. Dir wurde erklärt, dass die Zahl im Voranschlag 2012 anders aussehen wird als 2011. Du hast das Wissen, dass wir den Stellenplan nicht ausgenutzt haben, weil im Seniorenwohnhaus Personalmangel hatten. Fakt ist, es handelt sich nicht darum, dass die Gemeinde keinen Sparwillen hat, sondern vielmehr darum, dass aufgrund des Voranschlags 2012 vorsichtig budgetiert wurde. Eine Lohnerhöhung von 2,5 % wurde eingerechnet, weil wir nicht gewusst haben, welche Erhöhung im nächsten Jahr zu Buche schlägt. Es wird derzeit immer noch verhandelt. Der Budgetansatz ist eine Vorsichtsmaßnahme. Das Ergebnis 2012 entspricht fast dem Ergebnis 2011. Zum Kanal: Bei den 1,3 Mio. jetzt zu behaupten, hier wird etwas beschönigt, wo ich jahrelang gekämpft habe, dass dieser Interessentenbeitrag endlich eingezahlt wird und die Unterstützung durch deine Person nicht gegeben war, ist nicht in Ordnung. Es handelt sich hier um einen Gemeindevorstandsbeschluss. Ich finde es fatal zu behaupten, dass hier beschönigt wird. Es ist mir gelungen, diese seit 1994 ausstehenden Gelder endlich zu sichern. Es hat einen weiteren Einspruch der Firma gegeben, weil sie der Meinung ist, dass das Gesetz, nach dem ich zu handeln habe, nicht entspricht. Mir ist es wichtig, dass diese Gelder nicht transferiert sondern bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes auf ein Sparbuch gelegt werden. Erst dann werden wir wissen, ob wir es zur Kostenreduzierung im Reinhalteverband verwenden können. Vor der Entscheidung einen Transfer durchzuführen und anschließend möglicherweise wieder rückzutransferieren macht keinen Sinn, das ist mit der Gemeindeaufsicht so abgesprochen.

Zum Alten Pfarrhof: Hinsichtlich der Folgekosten habe ich in der Tourismusverband-Sitzung gesagt, wir müssen hinterfragen, ob wir uns diesen Rahmen leisten können. Wir leisten für den Tourismusverband und die Agenden im Stille-Nacht-Bezirk im Jahr ca. € 40.000,--. Es wird sicher ein Teil für Personalkosten für den Alten Pfarrhof verwendet werden müssen. Es kann nicht sein, dass der Tourismusverband gewisse Aufgaben nicht mehr durchführt und die Stadtgemeinde die Finanzierung tätigt. Wir werden uns zum gegebenen Zeitpunkt alles genau ansehen. Der Tourismusverband will sich um den Stille-Nacht-Bezirk nicht mehr kümmern. Er will nur mehr das „Marketing“ und außer diesen € 200.000,-- für den Bau nichts mehr finanzieren. Aus Kostenersparnisgründen habe ich gesagt, wir müssen uns um Partner kümmern, sprich den Kiosk extern betreiben. Ich hatte den Eindruck, dass dies so gewollt und vom Ausschuss so unterstützt wird. Es hat ein Gespräch mit LH-Stv. Dr. Haslauer gegeben, dass das Projekt weiter voranzutreiben ist und die Kosten evtl. noch nach unten zu bringen sind bzw. die Mehrwertsteuerfrage zu regeln. Nach Ausschreibung des Shops im neuen Jahr sind die Aufgaben, die der Tourismusverband und die Stadtgemeinde machen, festzulegen. Die laufenden Kosten bzw. Personalkosten des Tourismusverbandes in den Mittelfristigen Finanzplan hineinzugeben ist das Gebot der Stunde.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Nochmals zum Thema Reinhalteverband - das lasse ich so nicht gelten. Ich habe das immer kritisiert. Du hast im RHV immer gesagt, wenn wir das Geld bekommen, werden wir es verwenden. Wir haben das auch immer so gelten lassen. Das ist Geld, von dem die Gemeinde offiziell nichts weiß, sage ich jetzt einmal, denn es liegt auf einem Kontokorrentkonto, ist keine Rückzahlung und kein Kredit. Jetzt hätte man die Möglichkeit, weil wir das Geld haben, die Rückzahlung zu machen, was wir sowieso tun müssen. Unabhängig davon, welches Urteil herauskommt, es ändert sich für die Gemeinde nichts, wenn jetzt zurückbezahlt wird. Es ist nur eine Beschönigung dieser einen Million Schulden.

Bürgermeister: Wenn ich sage, wir haben die Aussage von der Gemeindeaufsicht, dass wir dieses Geld nicht verwenden, auf ein Sparbuch legen und die Transferzahlung abwarten sollen, bis die Transferzahlung ohne Gefahr erfolgen kann, dann sage ich dir die Wahrheit. Ich werde keine andere Entscheidung treffen, vor allem nicht in diesem sensiblen Bereich und bei diesen Beteiligten (Rechtsanwälte, Verfassungsgerichtshof, Land Salzburg), nach langem Zögern und politischem Ränkespiel des Landes Salzburg, dass diese Gelder nicht fließen müssen, obwohl dies im Landesgesetz so niedergeschrieben ist. Das ist auf die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte zurückzuführen und ich habe diese Causa aufarbeiten müssen. Du hättest damals in der ÖVP-Fraktion, auch in deiner Zeit als Fraktionssprecher,

die Verantwortung gehabt, hier tätig zu werden. Erst nach 2004 wurde dies zum Thema und ich habe die Sache bereinigt. Es hat mich und meine Mitarbeiter sehr viel Arbeit gekostet. Letztendlich liegen nun diese 1,3 Mio. Euro auf einem Sparbuch. Sollte der Verfassungsgerichtshof und bzw. dem Land Salzburg Recht geben, dass ein ordnungsgemäßes Gesetz erlassen wurde, werde ich die 1,3 Mio. Euro noch am selben Tag in den RHV transferieren.

Stadtrat Stranzinger zu Hans Schweiberer: Du bist nicht der Einzige, das ist protokolliert, wenn es nach euch gegangen wäre, dann wären die 1,3 Mio. Euro nie geflossen, denn du warst dagegen, dass wir der Firma den Bescheid zustellen. Wenn es nach dir gegangen wäre, wären wir zu diesem Geld nicht gekommen, und das ist ein Skandal. Das ist Tatsache, das können wir nachlesen.

Stadtrat Schweiberer: Von diesem im RHV auf Kontokorrent geparktem Geld kann die Gemeindevertretung offiziell nichts wissen. Das ist eine versteckte Sache und ich möchte wissen, ob das in Ordnung ist.

Bürgermeister: Woher weißt du von den Zahlen im Reinhaltverband?

Schweiberer: Weil ich Rechnungsprüfer bin.

Bürgermeister: Warum bist du Rechnungsprüfer? Weil du Mitglied dieser Gemeindevertreter bist. Auf jeder politischen Seite sitzen welche, die Mitglieder im Reinhaltverband sind und deswegen auch die Gebarung des RHV kennen.

Dipl.-Ing. Kettl: Wir haben 2009 den Vorstand erweitert, damit auch die ÖVP einen Vertreter entsenden kann, und wir haben damals bewusst den Beschluss gefasst in der Mitgliederversammlung, dass wir diesen Vertrag auf einem Kontokorrentkonto liegen lässt, weil es aufgrund des laufenden Verfahrens gescheitert ist, dies kurzfristig zu bedecken, als langfristig ein Darlehen zu beginnen, das dann mühselig wieder aufzulösen ist. Dies ist der Weg und wir haben gesagt, es wird etwas dauern, bis ausgestritten ist. Es wird nichts beschönigt, die Zahlen sind offen auf dem Tisch gelegen und mitgeteilt worden. Es wurde in der Mitgliederversammlung offen darüber berichtet. Daher ist diese Aussage unfair.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Egal wie das Urteil aussieht, die Million Euro ist auf jeden Fall zu bezahlen. Es geht nur um eine ehrliche und korrekte Darstellung - das möchte ich haben. Wir wissen nicht, wie lange das OGH-Urteil dauert.

Bürgermeister: Ich weiß, wie lange das dauert, denn ich versuche seit 2004, die Sache aufzuarbeiten, eine Sache, die ich übernommen habe. Du hattest damals als Fraktionssprecher der ÖVP schon Handlungsbedarf. Jetzt zu sagen, ich würde etwas verstecken, dann ist das nicht in Ordnung. Wenn du sagst, du würdest mir keinen Vorwurf machen, wenn zurückzahlen ist, dann überlege dir auch deine Wortmeldungen der letzten Jahre, wo du versucht hast, die Schulden der Vergangenheit auch zu meinen Schulden zu machen.

Frau Moßhammer stellt richtig, dass Stadtrat Schweiberer vielleicht meint, sie hätte nur die Einnahmen gebucht und dies würde den gesamten Haushalt beschönigen. Sobald irgendein Geld auf ein Sparbuch geht, habe sie zuerst die Einnahme und dann die Ausgabe zu buchen. D. h., sie habe im Haushalt keine Einnahme von 1,3 Mio. Euro mehr, sondern es liegt nur mehr auf dem Sparbuch. Sie habe es also zuerst eingenommen und dann wieder ausgegeben. Daher ist auch die Möglichkeit der Darstellung im Haushalt nicht mehr gegeben.

Der Bürgermeister schlägt vor, das Thema zu wechseln und in der Budgetdiskussion fortzufahren.

Stadtrat Mag.(FH) Danner bedankt sich beim Amt für die Informationen. Die Zahlen wurden ausführlich diskutiert.

Zum Kindergarten: Wir sind hier bei einer Kostendeckung von ca. 12 %. Man muss sich etwas überlegen. Dies ist ein typisches Beispiel, wie Finanzierungen in Österreich erfolgen. Zu den Heiz- und Betriebskosten für das Altgebäude der HAK/PTS: Ist das der Teil, den wir dafür mittragen müssen, dass wir für den Bund die BORG-Klassen beherbergen und der Bund nur den auf die Klassen entfallenden Betrag bezahlt (€ 24.000,--)? Ich habe auch gehört, es soll einen zweiten Zweig geben.

Der 3. Punkt: In der Abfallentsorgung haben wir derzeit einen Überschuss. Die Müllgebühr ist zu teuer. Man sollte sich überlegen, die Gebühr eventuell zu senken oder vielleicht die Frequenz der Biomüllabfuhr zu erhöhen. Ich persönlich halte diese für etwas zu knapp bemessen, einen Monat länger wäre besser.

Grundsätzlich ist die Entwicklung der Ertragsanteile erfreulich, ebenso die Entwicklung der Zinsen, die uns bei den Tilgungen stark hilft. Wir werden dem Jahresvoranschlag unsere Zustimmung erteilen.

Bürgermeister: Zum Deckungsbeitrag Kindergarten: du bestätigst die Situation.

Heizkosten der alten HAK: Es stimmt, dass wir das gesamte Gebäude heizen, doch wir haben in dem nicht vom BORG beanspruchten Teil die Heizung reduziert und zum Teil abgedreht. Wir müssen vor allem auch deshalb heizen, weil die Turnhallen daran hängen. Ich bin froh, dass das BORG hier einen Teil mitzahlt.

Zum zweiten Schulzweig: Der Bund hat im Herbst mitgeteilt, einen zweiten Zweig einzurichten. Das war auch in den Medien und ist seit 2 - 3 Monaten bekannt. Es wird für diese zweite Fachrichtung Marketing gemacht und man ist gerade dabei, diese in den Schulen vorzustellen. Mein Vorschlag war eine naturwissenschaftliche Richtung. Hier könnte eine Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus gegeben sein, eventuell für medizinische Berufe und Dienstleistungen im Sozialbereich. Wir erhoffen uns einen großen Zuspruch, die Karten für eine neue Turnhalle stünden dann auch gut.

Zur Abfallgebühr: Hier gibt es eine Rücklage, die zum Ansparen dienen soll. Wir sind seit über einem Jahr in Verhandlungen bzw. führen im Regionalverband die Diskussion, die Biomüllentleerung anzuheben. Es gibt hier einen Vertrag. Seinerzeit wurde er für die Region ausgeschrieben. Oberndorf hat eine dichtere Struktur und benötigt mehr Biotonnen als die anderen Gemeinden. Durch die Kooperation wurden bessere Kosten erzielt. Wir brauchen noch Zeit, denn die anderen Regionsgemeinden sehen derzeit keinen Bedarf. Wir sind auch der Meinung, dass 52 Entsorgungstermine Sinn machen würden und arbeiten daran. Weiters zur Rücklage: Ich möchte damit die Kosten minimieren. Im Konzept für den Stille-Nacht-Bezirk ist auch die Verlegung und Neugestaltung der Abfallinsel enthalten. Wir könnten dies dafür verwenden.

2. Vizebgm. Mayrhofer hält fest, dass zu überlegen sei, ob die Abfallinsel im Stille-Nacht-Bezirk wirklich dort bleiben sollte.

Bürgermeister: Dies sollte im Umweltausschuss diskutiert werden.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Zu Sport und außerschulischer Leibeserziehung: Auch wenn die Halfpipe kaputt ist, sollte man überlegen, ob tatsächlich nochmals eine angeschafft werden soll. Ihr Eindruck sei, dass dieses Gerät nicht unbedingt benötigt wird.

Bürgermeister: Die Jugendlichen haben den Wunsch an mich herangetragen, die Halfpipe zu belassen. Wir müssen sie, falls sie stehen bleibt, aus Haftungsgründen jedenfalls sanieren. Das ist zu prüfen. Dies sollte im Jugend- u. Sportausschuss behandelt werden.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Der Budgetansatz beim Jugendzentrum hat sich nicht erhöht, vielleicht wäre hier eine gewisse Erhöhung nicht schlecht.

Bürgermeister: Wir haben Verstärkungsmittel, wenn sich im Laufe des Jahres etwas ergibt. Ich hoffe, das Streetwork-Projekt für Oberndorf und die Region wird mitgetragen. Wir haben hier eine schöne Sache für die Gemeinde und die gesamte Region auf die Beine gestellt. Es gibt in den Vereinen viele Jugendliche und viele besuchen das Jugendzentrum. Es wird dort

gute Arbeit geleistet und auch darauf geachtet, welcher Bedarf gegeben ist (z. B. Mittagsbetreuung, Ansprechpartner etc.). Natürlich haben wir auch Probleme mit Jugendlichen, die sich auf der Straße aufhalten (z. B. Vandalismusschäden etc.).

Frau Moßhammer fügt ein, dass noch Rückstellungen in der Jugendbetreuung vorhanden sind.

1. Vizebgm. Feichtner: Für die Zuhörer ist interessant, dass diese 1,3 Mio. Euro Interessenbeiträge von einer Firma sind, wo der Bürgermeister sehr intensiv dahinter war, diese einfordern zu können. Es wurde in einer Sitzung im letzten halben Jahr, wo ich als Vizebürgermeister den Vorsitz hatte, mehrheitlich beschlossen, dass dieser Beitrag vorgeschrieben wird. Bei der Abstimmung haben dagegen gestimmt die Frau Vizebürgermeister Mayrhofer, der Herr Schweiberer, mit uns mitgegangen ist die Frau Petzlberger. Hätten wir die Minderheit gehabt, müssten wir über diese 1,3 Mio. nicht debattieren. Nochmals danke, dass dies funktioniert hat und wir das Geld daher bekommen haben.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Es geht nicht um die Summe sondern um den Bescheid. Wir haben nie gesagt, dass wir auf den Betrag verzichten wollen, wir haben gegen den Bescheid gestimmt. Wir haben gesagt, schauen wir, ob nicht ein Vergleich möglich ist. Ich lasse nicht zu, dass wir jemandem angeblich 1,3 Mio. Euro schenken wollen. Es ist eine Unterstellung, dass wir auf diese Summe verzichtet hätte durch das Verfallen lassen einer Frist.

Stadtrat Innerkofler: Die Frist wäre abgelaufen. Überdies hat der Bürgermeister schon mehrfach einen Vergleich angestrebt, doch ist er immer wieder geplatzt.

Bürgermeister: Die Bescheidzustellung war notwendig, die Fristen wären sonst abgelaufen. Es hat Gespräche mit der betroffenen Firma und dem Rechtsanwalt gegeben. Kein Kompromiss wurde angenommen. Die Firma ließ eigene Messungen durchführen, welche identisch waren mit jenen der Stadtgemeinde Oberndorf.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ich kann mich nicht an einen Bericht über den Fristenablauf erinnern, das kann ich jetzt nicht nachvollziehen. Unser Anliegen war, mit der Firma eine Regelung zu treffen, mit der beide Teile leben können, wo doch diese Firma der größte Kommunalsteuer-Zahler unserer Stadt ist und wir sie nicht verlieren wollen.

Bürgermeister: Wenn ihr so weitermacht, dann lege ich die Causa offen. Die Entrichtung von Kommunalsteuer und die Verpflichtung zur Zahlung von Interessentenbeiträgen ist nicht zu vergleichen. Jeder Häuslbauer muss sie bezahlen und hat Pflichten wie jede Firma auch. Wir können keine Interessentenbeiträge erlassen oder ermäßigen. Es gibt ein Landesgesetz, nach dem ich zu handeln hatte. Ich wiederhole mich: Es haben Gespräch und Verhandlungen mit der Firma stattgefunden, doch ohne Ergebnis. Ihr könnt das im Land und auch in der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Haslauer nachfragen.

Stadträtin Petzlberger: Wir stimmen dem Budget zu und danken dem Team der Buchhaltung für die Beantwortung unserer Fragen.

Stadtrat Stranzinger (*Wiedergabe der per Mail zur Verfügung gestellten Wortmeldung*): Zuerst möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtgemeinde für ihr Engagement und ihren Arbeitseinsatz bedanken, insbesondere bei denjenigen, mit denen wir das ganze Jahr über in relativ engem Kontakt stehen und die neben ihren umfangreichen Aufgaben auch noch unsere Anfragen, Anforderungen und Wünsche ertragen müssen.

Und nun zum Budget. Hier gibt es natürlich verschiedene Herangehensweisen, unter welchen Aspekten man den Jahresvoranschlag betrachtet und analysiert. Man kann diesen tadellosen Budgetvorschlag schon aus rein parteipolitischen und populistischen Erwägungen stark in Zweifel ziehen oder vorweg gleich ablehnen, noch ehe man die Details kennt. Man

kann auch Budgetansätze „zerpflücken“ ohne das Gesamtergebnis zu betrachten und seine ganze Energie nur darauf verwenden, nach Anlässen für Kritik zu suchen, um sich damit dann vermeintlich zu profilieren. Man kann aber auch - bei konstruktiver Vorgehensweise - ein wiederum ausgeglichenes Budget durchsehen und durcharbeiten, ein Budget, das ein großes Investitionsvolumen ohne Neuverschuldung beinhaltet und das trotz anhaltender schwieriger Wirtschaftslage unter anderem keine Kürzungen bei den Förderungen für die Vereine und Institutionen, für Jugend und Kultur vorsieht.

Der Schuldenabbau wird auch 2013 weiter fortgesetzt, der Schuldenstand der Kategorien I und II wird Ende nächsten Jahres 11,9 Millionen Euro betragen. Nur zur Erinnerung: Bei Übernahme des Bürgermeisteramtes durch Peter Schröder im Jahr 2004 lag die Darlehenshöhe bei 14,4 Millionen Euro. Man sollte die Schuldenentwicklung aber nicht isoliert betrachten, sondern in Zusammenhang mit den umgesetzten Projekten und realisierten Vorhaben der letzten Jahre, die letztlich für unsere Stadt und für die Region in vielerlei Hinsicht einen enormen Mehrgewinn erzielt haben. Und hier ist es auch trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen wieder gelungen, das richtige Maß zwischen notwendigen und sinnvollen Investitionen auf der einen Seite und andererseits einem sparsamen Umgang mit den finanziellen Mitteln zu finden. Das kann ja nur ganz im Sinn von Stadtrat Danner sein, der schon des Öfteren sinngemäß gesagt hat, dass ein Kaputtsparen auch keine Lösung ist. Die für 2013 geplanten Investitionen im Ordentlichen und Außerordentlichen Haushalt der Stadtgemeinde inklusive Sondermaßnahmen betragen über 2,5 Millionen Euro. Das sind wesentliche Aufträge an die Wirtschaft, wobei natürlich auch die lokalen Betriebe in unserer Region davon profitieren werden und auch schon in den letzten Jahren profitiert haben – wie zum Beispiel beim Neubau der Handelsakademie/Handelsschule und des Polytechnikum oder beim Aus- und Umbau unseres Krankenhauses zum Gesundheitszentrum. Diese Maßnahmen schaffen und sichern Arbeitsplätze und Umwegrentabilität.

Ich möchte hier nur einige der größeren budgetierten Vorhaben des nächsten Jahres anführen: Die Sanierung der Kindergärten mit einem Auftragsvolumen von 500.000,-- Euro für 2013 und 2014, die Schulwegsanierung mit rund 155.000,-- Euro, Straßensanierungen in Höhe von 185.000,-- Euro, der Neubau des Bundesoberstufengymnasiums mit einem Gesamtvolumen von etwa 6 Millionen Euro und das Stille-Nacht-Projekt mit prognostizierten Gesamtkosten von etwa 2 Millionen Euro, davon 1 Million geplant für 2013. Auch die Vereine und Institutionen haben einen wesentlichen Anteil an einem funktionierenden Gemeinwesen und gerade deshalb ist es wichtig und richtig, diese Einrichtungen auch zu fördern und die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem Engagement finanziell zu unterstützen. In den letzten Jahren ist es nie zu Kürzungen der Subventionen in diesem Bereich gekommen, wie in anderen Gemeinden und Städten durchaus üblich. Und so werden alleine die Subventionen im nächsten Jahr ca. 166.000,-- Euro betragen.

Unter anderem für das Jugendzentrum rund 40.000,--, für Streetwork 13.500,--, Sportförderung in Höhe von ca. 27.000,--, Stadtmusik 12.000,--, Kunst und Kultur 10.000,--.

Darüber hinaus sind für 2013 in diesem Bereich aber auch noch andere wichtige finanzielle Förderungen budgetiert worden, wie zum Beispiel für die gut angenommene jährliche Ferienaktion und Ferienbetreuung rund 50.000,-- Euro, für das Musikum 64.000,-- Euro, für Sportplätze insgesamt ca. 60.000,-- Euro, für die Bücherei knapp 52.000,-- Euro.

Viele der im Jahresvoranschlag 2013 vorgesehenen Investitionen und Förderungen wären in dieser Form nicht möglich, wenn nicht Bürgermeister Schröder in Zusammenarbeit mit seinen Mitarbeitern und Fachleuten schon vor Jahren wichtige strukturelle, nachhaltige Weichenstellungen vorgenommen hätte, wie beispielsweise die Verwaltungsgemeinschaft der Seniorenwohnhäuser Oberndorf - Bürmoos oder das PPP-Modell zur Betriebsführung des Gesundheitszentrums Oberndorf. Diese Investitionen in Bildung, in Gesundheit, in Straßenbau und all die kleineren Projekte sind wichtige Investitionen für die Zukunft unserer Stadt und bestätigen und festigen die Stellung von Oberndorf als den zentralen Schul- und Gesundheitsstandort der Region und bedeuten eine weitere Aufwertung des attraktiven Wohnortes mit einer erstklassigen Infrastruktur.

Das Ziel für die Zukunft kann nur sein, diesen für unsere Stadt so erfolgreichen Kurs der vergangenen Jahre beizubehalten.“

GV Prem zur Wortmeldung von Stadtrat Stranzinger: Er hat den Schuldenstand zitiert und das herausgeholt, was wir im Vorjahr gesagt haben (*verliert den Schuldenstand*). Man sieht also, es ändert sich nicht sehr viel.

Zu den Personalkosten: Wir haben erhöhtes Personal, wenn man mit 2010 vergleicht; in der Verwaltungsgemeinschaft sind es 500.000,--, die für die Personalerhöhung aufgehen. Es bleiben noch 400.000,-- übrig, die von 2010 auf 2013 stehen bleiben. Zwischen 2008 und 2013 liegt eine enorme Steigerung. Wir kommen trotz des Arguments der hohen Abfertigungen im Jahr 2009 auch danach nicht mehr herunter.

Bürgermeister: Es wurde mir von Hans Schweiberer der Vorwurf gemacht, das Budget wäre zu spät zugestellt worden und man hätte keine Zeit, sich über die Zahlen Gedanken zu machen. Hans Schweiberer, du hast die Zahlen genau so bekommen, wie es die Gemeindeordnung vorschreibt. Wir haben früher eine Budgetklausur gemacht, wir haben die Zahlen präsentiert und es wurde nichts eingebracht. Hier hat sich nichts geändert. Jeder kann ins Stadtamt kommen. Die letzten Zahlen kamen erst vor wenigen Tagen und wir konnten manches nur annehmen.

Ich habe die vorhin zitierten Zahlen nicht vorliegen, kann jedoch vielleicht in der Form antworten: Bei der Jahresrechnung werden die tatsächlichen Zahlen präsentiert und es wird Kostenrechnungszahlen geben, die den tatsächlichen Tagesbedarf für beide Seniorenwohnhäuser widerspiegeln. Der Betrieb ist in beiden Häusern annähernd kostendeckend, die Anuitäten schlagen zu Buche. Die Verwaltungsgemeinschaft ist ein Vorzeigeprojekt in der Region und wir fahren wirtschaftlich gut. Wenn es zu Personalreduzierungen käme, wäre ein Qualitätsverlust die Folge. Wir verfolgen täglich den Pflegeschlüssel und wie in Bezug auf das Personal reagiert werden muss. Manchmal bekommen wir auch kein Personal, das ist schwierig. Doch ich wiederhole, die Verwaltungsgemeinschaft ist durchaus positiv im Betrieb.

GV Prem: Die Verwaltungsgemeinschaft ist eine tolle Sache, doch die Zahlen, die ich präsentiert habe, sind informativ. Mir hat noch nie jemand gesagt, dass meine Zahlen nicht stimmen. Wir haben zu hohe Personalkosten.

Bürgermeister: Fakt ist, wir haben heute die Präsentation eines Jahresvoranschlages. Das Ergebnis dieses Jahres wird im April 2013 vorgestellt. Beim Stellenplan wird sich herausstellen, dass wir keinerlei Erweiterungen haben, ausgenommen die gesetzlichen Erhöhungen.

Frau Moßhammer: Man kann nicht die Personalkosten von 2008 auf 2013 hochrechnen. Ein Ergebnis kann man auch nicht mit einem Voranschlag vergleichen. Der Jahresvoranschlag wurde mit äußerster Vorsicht erstellt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Jahresvoranschlag 2013 zum Beschlusse zu fassen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend, GV Illinger war nicht im Sitzungszimmer): 16 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen (GV Hagmüller - FPÖ, Stadtrat Ing. Schweiberer, GV Prem und GV Dipl.-Ing. Weiner - NOW)

7. Jahresvoranschlag 2013 - Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG

Die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt wurden den Fraktionsvorsitzenden in Papierform zur Verfügung gestellt.

Frau Moßhammer erläutert den vorliegenden Jahresvoranschlag der Immobilien KG wie folgt:

Wir hatten im Vorjahr ein Budgetvolumen von 9,124.300,-- Euro gegenüber heuer mit 502.000,--. Dafür gibt es zwei Gründe: 1. Der Neubau HAK/HAS/PTS ist abgeschlossen. Die Tilgungen und Zinskosten sind im Haushalt der Stadtgemeinde zu finden. 2. Änderung der Verbuchung der Betriebskosten für die Gebäude (Hauptschule, Nahwärme, Bauhof, Alt- und Neubebäude HAK/HAS/PTS). Bei Gründung war der Zweck die Möglichkeit des Vorsteuerabzuges. Mit dem neuen Stabilitätsgesetz ist diese Möglichkeit gefallen. Sollten wir das BORG über die Immobilien KG bauen, können wir keine Vorsteuer mehr abziehen. Daraus ergibt sich, dass die Betriebskosten sich im Voranschlag der Stadtgemeinde darstellen, wodurch das Gesamtvolumen der Immobilien KG wesentlich weniger wurde. Grund ist auch, dass die Betriebskosten der Immobilien KG auf 960.00,-- Euro angewachsen wären. Diese Betriebskosten sind die Berechnungsgrundlage für die Weiterverrechnung der Gastschulbeiträge an die Sprengelgemeinden und an den Bund für die HAK/HAS und das BORG. Diese Betriebskostenabrechnung für den Bund war bereits 2011 sehr kompliziert. Daher haben wir sie im Haushalt der Stadtgemeinde dargestellt.

Wir haben jetzt eine gemeinsame Steuerberatung für Stadtgemeinde und Immobilien KG, weil es das Vorsteuerabzugsmodell nicht mehr gibt. Das kann man jetzt als Gesamtpaket sehen.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Die Immobilien KG wurde sehr deutlich vorgestellt und ich habe es gut verstanden. Wir werden die Zustimmung erteilen.

GV Rosenstatter: Eine Verständnisfrage zum Wegfall des Vorsteuerabzuges: Wie lange müssen wir die Immobilien KG noch am Laufen halten?

Frau Moßhammer: Schlagend wird dies bei allfälligen Neubauten. Für die Altgebäude bleiben wir im alten System, das wird noch mit Vorsteuer gebucht. Wir werden die Immobilien KG auf jeden Fall noch 10 Jahre haben, bis der Schulbau HAK/HAS/PTS abgewickelt ist.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Jahresvoranschlag der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG für 2013 zum Beschlusse zu fassen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8. Haushaltsbeschluss 2013

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Inflationsraten VPI August bis Oktober betragen durchschnittlich 2,57 %. Die Sicherheit des Wasser- und Kanalnetzes der Stadtgemeinde Oberndorf muss durch laufende Sanierungen und Qualitätsüberprüfungen (z. B. systematische Komplettnetzüberprüfung) gewährleistet sein. Aus diesem Grunde wurde bei den Gebührenhaushalten Wasser und Kanal eine Erhöhung der Bezugsgebühren von 2 % einkalkuliert. Die Bewertungspunkte der Wasser- und Kanalanschlussgebühr entsprechen der Höhe des Landessatzes. Die Hochrechnung des Gebührenhaushaltes Abfallentsorgung für das Jahr 2012 und die Kalkulation für das Voranschlagsjahr 2013 ergeben keine Notwendigkeit einer Erhöhung. Die Friedhofgebühren wurden dem VPI entsprechend durchschnittlich um 2,03 % angepasst. Die Eintrittsgelder für das Heimatmuseum und das Marktstandentgelt wurden nicht erhöht.“

Der gesamte Haushaltsbeschluss 2013 wurde der Gemeindevertretung zusammen mit den Amtsberichten zur Verfügung gestellt.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Uns ist die Erhöhung beim Kanal aufgefallen. In Summe mit dem Wasser ergibt sich ein Überschuss. Es bestärkt uns, dass, wenn man einen Überschuss hat, man eine moderate Erhöhung zur Bildung von Rücklagen auf dem Rücken der Bürger austrägt. Daher werde ich nicht zustimmen.

Bürgermeister: Es wird nichts auf dem Rücken der Bürger ausgetragen. Diese Rücklagen werden für die Sanierung des Oberflächenkanals, die Kanaldeckelsanierung etc. verwendet. Wir sind aufgerufen, diese Dinge zu finanzieren. Dies wird von der Landesregierung geprüft. Wir machen lediglich unsere Aufgaben. Die Funktionsfähigkeit des Kanalnetzes ist aufrecht zu erhalten und wir werden noch einige Kosten zu erwarten haben. Stellt man Vergleiche mit anderen Gemeinden an, dann liegen unsere Wasser- und Kanalgebühren immer im Mittel, wenn nicht darunter.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Zu den Gebühren: Die Sätze zwischen Rest- und Biomüll sollte man vergleichen. Im Verhältnis zu den Kosten ist die Biotonne zu teuer. Man kann sie auch nicht besonders bewerben, weil sie im Verhältnis zu hoch angesetzt ist. Der Biomüll ist billig, nur die Tonne kostet mehr. Warum reagieren wir hier nicht?

Bürgermeister: Die Thematik Biomüll ist im wesentlichen Zusammenhang mit den anderen Gemeinden zu sehen. Wenn wir diese aufrollen, müssen wir neu ausschreiben. Wir bemühen uns, einen Gleichschluss mit den anderen Gemeinden zu erreichen, doch ich gehe an die Sache sehr sensibel heran.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Mir geht es nur darum, was wir den Oberndorfer Bürgern an Biomüll verrechnen. Der Tarif ist zu hoch.

Bürgermeister: Es ist in der Bevölkerung Bewusstseinsbildung voranzutreiben.

GV Strobl: Es ist Bewusstseinsbildung zu machen, was wohin gehört. Doch dieses Thema werden wir im Umweltausschuss im Jänner behandeln.

GV Illinger: Die Vergnügungssteuer betrifft die Spielhallen. Was hindert uns daran, dass wir hier die Verordnung von 1999 ändern?

Bürgermeister: Die Vergnügungssteuer wurde im Vorjahr erheblich erhöht, was zur Folge hatte, dass die Automaten reduziert wurden. Es gab auch Kontrollen der Kripo, des Finanzamtes und der Bezirkshauptmannschaft. Es hat keine Einigkeit gegeben, wer nun wirklich zur Kontrolle berechtigt war. Es liegt nicht in unserem Ermessen, wenn jemand seine Räumlichkeiten an einen Spielsalon-Betreiber vermietet. Hier ist die BH als Gewerbebehörde zu-

ständig. Ziel ist natürlich die Reduzierung der Automaten, doch die Kontrolle liegt - wie gesagt - nicht bei uns.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, über den Haushaltsbeschluss 2013 in der vorliegenden Form abzustimmen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): 17 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen (GV Hagmüller - FPÖ, Stadtrat Ing. Schweiberer, GV Prem und GV Dipl.-Ing. Weiner - NOW)

9. Stellenplan 2013

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„a) Stadtgemeinde

Der Stellenplan Stadtgemeinde besteht u. a. aus dem Stadtamt, Bauhof, Schulen, Kindergärten und Bibliothek. Er bleibt gegenüber 2012 unverändert.

Der Stellenplan lag den Fraktionen im Fraktionsordner vor.

b) Seniorenwohnhäuser

Der Stellenplan der beiden Seniorenwohnhäuser Oberndorf und Bürmoos bleibt gegenüber 2012 unverändert und weist für das Haus Oberndorf 4400 Vollzeitäquivalente und für das Haus Bürmoos 3725 Vollzeitäquivalente aus.

Der Stellenplan lag den Fraktionen im Fraktionsordner vor.

c) Krankenhaus

In der Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED Management und Service GmbH & Co KG wurde die Personalbeistellung des bei der Stadtgemeinde Oberndorf im Krankenhaus beschäftigten Personals geregelt. Die Stadtgemeinde Oberndorf hat dazu mit der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebs GmbH einen Personalbeistellungsvertrag abgeschlossen. Alle mit Stichtag 31.03.2008 bei der Stadtgemeinde Oberndorf angestellten Mitarbeiter werden weiterhin im Stellenplan der Stadtgemeinde Oberndorf bis zu ihrer Beendigung des Dienstverhältnisses geführt. Mit der Abteilung 11 wurde vereinbart, dass zur besseren Übersicht der Stellenplan in den nächsten Jahren in seinem ganzen Umfang weitergeführt werden soll. Ausgeschiedene Dienstnehmer bzw. frei werdende Dienstposten sind mit N.N. zu kennzeichnen.

Der Stellenplan lag den Fraktionen im Fraktionsordner vor.

Gemäß Rahmenvereinbarung erfolgt die Gehaltsabrechnung der beigestellten Mitarbeiter und der im privatrechtlichen Dienstverhältnis stehenden Mitarbeiter der GOK durch die Stadtgemeinde Oberndorf. Dafür erhält die Stadtgemeinde ein vertraglich geregeltes Entgelt pro Abrechnung und Mitarbeiter. Ab 01.01.2013 erfolgt nunmehr auch die Abrechnung der Mitarbeiter der Reha-Klinik gegen Entgelt durch die Stadtgemeinde.“

Der Bürgermeister ergänzt folgende Zahlen:

Krankenhaus	128 beigestellte Dienstnehmer
GOK	150 Dienstnehmer
<u>ROB</u>	<u>57 Dienstnehmer</u>
Gesamt	335

Gemeinde	99 Dienstnehmer
VWG SWH	104 Dienstnehmer
<u>JUZ</u>	<u>4 Dienstnehmer</u>
Gesamt	207

Dies ergibt insgesamt 542 Dienstnehmer, die monatlich von der Stadtgemeinde Oberndorf abgerechnet werden. Somit ist die Stadtgemeinde Oberndorf der größte Dienstgeber der Stadt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Stellenplan 2013 für a) Stadtgemeinde, b) Seniorenwohnhäuser und c) Krankenhaus zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

10. Mittelfristiger Finanzplan

a) Stadtgemeinde

Frau Moßhammer erläutert nachstehende Unterlage:

Beilage MFP Stadtgemeinde 2013-2016

MFP Summen	2013	2014	2015	2016
Einnahmen OHH	24.138.300,00	23.860.800,00	24.417.800,00	25.044.300,00
Ausgaben OHH	24.103.200,00	23.784.200,00	24.322.400,00	24.853.800,00
Differenz OHH	35.100,00	76.600,00	95.400,00	190.500,00
Einnahmen AOH	1.779.500,00	2.953.200,00	3.960.000,00	2.146.000,00
Ausgaben AOH	1.779.500,00	2.953.200,00	3.960.000,00	2.146.000,00
Differenz AOH	-	-	-	-
Gesamtdifferenz	35.100,00	76.600,00	95.400,00	190.500,00
abzügl. Kontoklasse "0" u. einmalige Instandh.		30.000,00	50.000,00	50.000,00
voraussichtl. verfügbarer Überschuß		46.600,00	45.400,00	140.500,00

Berechnungsmodus:

Für den MFP 2013-2016 wurden die Lohnkosten mit 2,5% hochgerechnet, die Ausgaben Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Jugendwohlfahrt, Rechtsträgeranteil GOK und der Sages-Beitrag mit 2,5%.

Die geringwertigen Wirtschaftsgüter, die Instandhaltungen, Energie- und Verbrauchskosten wurden mit 3,5% kalkuliert. Die Ertragsanteile wurden mit 3,5% hochgerechnet.

Weiters enthalten sind die Projekte Alter Pfarrhof "Museumsquartier", Sportstättenerrichtung, Neues Rathaus Ankauf Feuerwehrfahrzeuge sowie eine neue Einrichtung der Gruppenräume im KG I.

Die aus der dargestellten Tabelle ersichtliche Gesamtdifferenzen wurden im jeweiligen Jahr als Verstärkungsmittel gebucht. Zu beachten ist, daß sich diese Verstärkungsmittel um die Kontoklasse "0" und eventuelle einmalige Instandhaltungen vermindern.

Daraus ergibt sich der für die nächsten Jahre verfügbare Überschuß.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Die Arbeit, die ihr hier machen müsst, ist für mich ein Wahnsinn. Das ist Spekulation und ich halte davon nicht allzu viel. Mich interessiert unser BORG. In der Presse sagt Ministerin Schmied, dass wir in der Liste nach vorne gereiht wurden. Haben wir jetzt eine Zusage oder stimmt das mit der Vorreihung?

Bürgermeister: Schriftliche Zusagen gibt es noch keine. Es hat Verhandlungen hinsichtlich der Standortverordnung gegeben. Als die Ministerin in Oberndorf war, hat sie die mündliche Zusage gemacht. Die Gespräche sind im Laufen, doch wir sind abhängig vom Ministerium. Derzeit ist Dipl.-Ing. Wenger im Krankenstand und steht nicht zur Verfügung.

- 21.25 Uhr - GV Illinger verlässt die Sitzung, somit sind 20 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.

GV Rosenstatter: Gibt es eine ungefähre Abschätzung, wie der Plan aussieht?

Bürgermeister: Der Architektenwettbewerb und die Planung sind 2013 vorgesehen, Baubeginn soll im Herbst 2014 sein. Der Mittelfristige Finanzplan ist eine Vorschau, was die Gemeinde ungefähr vor hat, um die Prioritäten nicht aus den Augen zu verlieren.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Mittelfristigen Finanzplan für die Stadtgemeinde Oberndorf zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

b) Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG

Frau Moßhammer erläutert folgende Unterlage:

Beilage MFP Immobilien KG 2013-2016

MFP Summen	2013	2014	2015	2016
Einnahmen OHH	502.000,00	2.396.100,00	3.865.400,00	2.352.800,00
Ausgaben OHH	502.000,00	2.396.100,00	3.865.400,00	2.352.800,00
Differenz OHH	-	-	-	-

Berechnungsmodus:

In der Immobilien KG werden die Gebäudeinstandhaltungskosten verbucht. Diese wurden für die MFP Jahre mit 3,5% hochgerechnet. Ausgeglichen wird die Immobilien KG durch Abrechnung/Transferzahlungen mit der Stadtgemeinde. Enthalten sind weiters die Projekte Bundesoberstufenrealgymnasium und Neubau Turnhalle HAK/HAS/PTS

Da keine Wortmeldung vorliegt, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Mittelfristigen Finanzplan der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG zu beschließen.**

Offene Abstimmung (19 GV anwesend, Stadtrat Ing. Schweiberer war nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

11. Verlängerung Kontokorrentkredit Salzburger Sparkasse

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Stadtgemeinde Oberndorf hat für den Betrieb ihrer Einrichtungen bei der Salzburger Sparkasse Bank AG, Konto Nr. 00100211516, einen Kontokorrentkreditrahmen in der Höhe von € 300.000,00.

Der Rahmen endet mit 30.04.2013 und soll bis 30.04.2014 verlängert werden. Der letztmalige Beschluss durch die Gemeindevertretung für die Verlängerung des Kontokorrentkreditrahmens der Salzburger Sparkasse Bank AG wurde am 07.03.2012 gefasst (Laufzeit 30.04.2012 – 30.04.2013).

Der Kontokorrentrahmen dient zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen, die durch zeitliche Verschiebungen zwischen Einnahmen und Ausgaben entstehen können (z. B. Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Ertragsanteilen und Gemeindebeiträgen, Ausgaben für Lohnkosten, Annuitäten und Sozialabgaben).

Konditionen:

Sollzinssatz: 0,650 % Aufschlag auf den 1-Monats-Euribor, aufgerundet auf volle Achtel. 1-Monats-Euribor, 03.12.2012 - 0,113%; keine Bereitstellungsgebühr.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Verlängerung des Kontokorrentkreditrahmens bei der Salzburger Sparkasse Bank AG in der Höhe von €300.000,- bis 30.04.2014 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (19 GV anwesend, Stadtrat Ing. Schweiberer war nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

12. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG

a) Zusatz Mietvertrag GP 803 und 810/1 (Schulzentrum Watzmannstraße)

b) Zusatz Mietvertrag GP 730/3 (Hauptschule)

Aufgrund der Vereinfachung und besseren Darstellung der Betriebskosten für die durch die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG an die Stadtgemeinde vermieteten Gebäude, ist es notwendig einen Zusatz zu den jeweiligen Mietverträgen zu beschließen.

In Zukunft trägt die Stadtgemeinde als Mieterin alle Betriebskosten bis auf eine etwaig anfallende Grundsteuer und anfallende Gebäudeinstandhaltungskosten. Die Verrechnung der Betriebskosten an allfällige Untermieter erfolgt direkt durch die Stadtgemeinde an diese.

Weiters wird die Leistung des monatlichen Mietzinses und dessen Berechnung geregelt.

Diese Vorgangsweise wird durch den Steuerberater der Stadtgemeinde Oberndorf, Herrn Mag. Ewald Klösch, empfohlen.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag**,

a) den Zusatz zum Mietvertrag GP 803 und 810/1 (Schulzentrum Watzmannstraße) und

b) den Zusatz zum Mietvertrag GP 730/3 (Hauptschule)

zu beschließen.

Offene Abstimmung (19 GV anwesend, Stadtrat Ing. Schweiberer war nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

13. Untermietvertrag BMUKK

a) Bundesoberstufenrealgymnasium (BORG)

b) Turnhallen Schulzentrum Watzmannstraße

Der Bürgermeister schlägt vor, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung zu nehmen, da der Vertrag vom Bund noch nicht freigegeben wurde. Vielleicht könnte man die Gemeindevorstellung beauftragen, die beiden Verträge zu beschließen, damit keine Zeit verloren geht.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung zu nehmen und die Gemeindevorstellung mit der Beschlussfassung zu beauftragen.**

Offene Abstimmung (18 GV anwesend, Stadtrat Ing. Schweiberer und GV Bärbel Stahl waren nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

14. Nutzungsvereinbarung BHAK/BHAS/PTS

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Mit Beginn des Schuljahres 2012/2013 sind die Bundesschulen und die Polytechnische Schule in das neue Schulgebäude Watzmannstraße 39 übersiedelt. Zur klaren Definition der Schnittstellen im Schulbetrieb wird der Abschluss einer Nutzungsvereinbarung für das Schulgebäude und die Außenanlagen vorgeschlagen. Die Vereinbarung umfasst folgende Bereiche:

- A) Gebäudenutzung
 - 1. Technische Gebäudebetreuung
 - 2. Reinigung
 - 3. Foyer mit Aula
 - 4. Buffetbereich
 - 5. Infothek
 - 6. Naturwissenschaftliches Zentrum/Beschallung/Aula
 - 7. Arztzimmer mit Vorraum (Besprechungszimmer)
 - 8. Lernterrassen
 - 9. Schulwarttätigkeiten
 - 10. Schulwartbereich
 - 11. Lagerräume
 - 12. Abfallraum
- B) Außenbereich und Sportanlagen
- C) Verkehrsflächen
- D) Wärmeversorgung des Kindergarten 1
- E) Allgemeine Bedingungen

Der Entwurf der Nutzungsvereinbarung lag im vollen Umfang für die Fraktionen im Sitzungsorder auf.“

Da keine Wortmeldungen vorliegen stellt der Bürgermeister den **Antrag, eine Nutzungsvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, vertreten durch den Landesschulrat für Salzburg, betreffend des Schulgebäudes Watzmannstraße 39 samt Außenflächen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (19 GV anwesend, GV Stahl war nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

15. Ausschreibung Reinigungsleistungen - Bestbieterverfahren

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Mit Schreiben vom 28.06.2012 wurde durch die Fremdreinigungsfirma Sodexo Service Solutions Austria GmbH der Vertrag der Reinigungs- und Transportleistungen für die beiden Seniorenwohnhäuser gekündigt. Durch die Stadtgemeinde Oberndorf wurden analog dazu die verbleibenden Verträge in Bezug auf die Reinigung der Hauptschule Oberndorf, des Bauhofes, der Stadthalle, der Bücherei, der Feuerwehr sowie die Beistellung von Personal für die öffentlichen WC- Anlagen, das SPZ und die Polytechnische Schule gekündigt. Mit der Firma Sodexo wurde bis zur neuerlichen Vergabe der Fremdleistungen die Weiterführung der Leistungen bis maximal 31.05.2013 vereinbart.

Aufgrund des Leistungsumfanges der Fremdreinigung in o. a. städtischen Einrichtungen ist die Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung als Bestbieterverfahren notwendig. Das Volumen der Leistung beträgt im Jahr ca. € 500.000,00. Zusätzlich zu den bestehenden Leistungen ist geplant, die Preise für die Fremdreinigung des Gebäudes Watzmannstraße 39 (Schulneubau) abzufragen. Hier wurden bereits Gespräche mit dem Bund geführt.

In Vorbereitung der Ausschreibung wurde bei der Bundesbeschaffungsgesellschaft eine Preisanfrage für die Durchführung dieses komplexen Vergabeverfahrens gestellt. Die Kosten belaufen sich auf ca. € 26.000.--. Zusätzlich wurde bei der VAMED ebenfalls eine Preisanfrage zur Begleitung des Vergabeverfahrens angefragt. Als alternative Unterstützung für die rechtliche Betreuung der Ausschreibung wird noch eine Anfrage bei unserem Rechtsanwalt Dr. Günther Ramsauer erfolgen. Aufgrund der zeitlichen Komponente ist die öffentliche Kundmachung der Ausschreibung noch im Jänner 2013 notwendig, damit der Beschluss der Vergabe zeitgerecht vor dem 31.05.2013 erfolgen kann.

Vorgeschlagen wird die Beschlussfassung der Ausschreibung der Reinigungsleistungen als Bestbieterverfahren und die Beauftragung der rechtlichen Betreuung der Ausschreibung bis zu maximal der Höhe des Angebotes der BBG. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit der VAMED bzw. mit Herrn Dr. Ramsauer Verhandlungen über eine rechtliche Betreuung zu führen, die unter dem Anbot der BBG liegt und mit dem Bestbieter dahingehend einen Vertrag zur Durchführung der Ausschreibung beginnend mit Jänner 2013 abzuschließen.“

Der Bürgermeister erläutert vorstehenden Amtsbericht und ergänzt: Heute ist ein Anbot der VAMED eingegangen, in das wir noch nicht einschauen konnten. Wir möchten auch noch mit Rechtsanwalt Dr. Ramsauer wegen der rechtlichen Abklärung in Verbindung treten.

Ich bitte daher, mir das entsprechende Pouvoir zu erteilen und schlage vor bzw. stelle den **Antrag, Folgendes zu beschließen: Ausschreibung der Reinigungsleistungen für die angeführten Objekte und Beauftragung des Bürgermeisters, auf Basis des Angebotes der Bundesbeschaffungsgesellschaft Verhandlungen über die Betreuung der Ausschreibung mit weiteren Anbietern zu führen und mit dem Bestbieter eine Vereinbarung abzuschließen.**

GV Rosenstatter: Eigenreinigung ist kein Thema?

Bürgermeister: In manchen Bereichen haben wir Eigenreinigung. Wir haben das mit der VAMED auch schon diskutiert. Doch das Aufgaben- und Leistungsspektrum stellt einen täglich vor gewaltige personelle Herausforderungen, was sich als Personalkosten bei der Stadtgemeinde wiederfinden würde. In diesen großen Bereichen ist daher keine Eigenreinigung anzustreben.

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

16. Energielieferverträge

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Strom für Wasserwerk, Hauptschule, Stadthalle, Volksschule, Schulzentrum Watzmannstraße, SWH Oberndorf, SWH Bürmoos, Krankenhaus

Nach Ablauf der Energielieferverträge mit Ende 2012 für die Großanlagen Wasserwerk, Hauptschule, SWH Oberndorf und Bürmoos werden derzeit die neuen Energielieferverträge ausverhandelt. Mit in die Verträge sollen die Volksschule und die neu errichtete Schule HAK/HAS/PTS aufgenommen werden. Diese Verhandlungen betreffen ausschließlich den Energiepreis, da der Netzkostenpreis für alle Anbieter ein unveränderlicher Bestandteil des Strompreises ist und von der Kontrollbehörde (E-Control) vorgegeben wird.

Um Synergieeffekte im Einkauf zu nutzen und die jeweiligen Beschaffungskosten zu senken, werden die Verhandlungen gemeinsam mit der VAMED als Betreiberin des Krankenhauses und des Rehabilitationszentrums geführt.

Lt. Information des voraussichtlichen Bestbieters Salzburg AG befindet sich im Energiemix keine Kernenergie. Diese Information wurde seitens der E-Control bestätigt. Lt. E-Control liegt der Strompreis für Industriekunden mit einem Verbrauch bis 10 GWh/Jahr bei derzeit 6,24 Cent/KWh bei einer Abweichung von plus - minus 0,69 Cent. Preise unter 6,24 – 0,69 Cent/KWh wären demnach als außerordentlich günstig zu bezeichnen. Die Energielieferverträge für Kleinanlagen und Straßenbeleuchtung werden vom Salzburger Gemeindeverband verhandelt.

Aus derzeitiger Sicht kommt es zu einer neuerlichen Preisreduktion gegenüber dem bisherigen Strompreis im Gesamtausmaß von jährlich ca. € 1600,00.

Strom Energiepreis (Fixpreis)

Bestbieter:

Salzburg AG	5,04 Cent/KWh 2013 5,125 Cent/KWh 2014 5,15 Cent/KWh 2015
Energie Allianz (Wienstrom, EVN, Bgld)	24 Mon: 5,39 Cent/KWh 30 Mon: 5,45 Cent/KWh
Ökostrom (Verbund)	5,79 Cent/KWh/h (Mehrkosten ca. € 4.500/a)
BBG (Bundesbeschaffungsgesellschaft) Verbund	5,968 Cent/KWh trotz mehrfacher Aufforderung kein Angebot
Eon-Austria Switch	Kein Angebot in Sbg. Nur Kleinkunden
My Electric (SAG, Tigas)	Kein Angebot in Sbg.

Gas für Schulzentrum Joseph-Mohr-Straße (Immobilien KEG), Schulzentrum Watzmannstraße, Seniorenwohnhäuser Oberndorf und Bürmoos, Krankenhaus

Nach Ablauf der bestehenden Gaslieferverträge für die Anlagen

- Schulzentrum Joseph-Mohr-Straße (Immobilien KEG)
- Schulzentrum Watzmannstraße und
- Krankenhaus

wurden die neuen Verträge mit einer Laufzeit bis September 2015 ausverhandelt. Der geltende Energiepreis für Erdgas auf Preisbasis 1. Quartal 2013 ist für alle betroffenen Anlagen 3,085 Cent.

Lt. Information liegt der verhandelbare Anteil des Energiepreises für Gas für Industriekunden mit einem Verbrauch bis 10 GWh/Jahr im 3. Quartal 2012 bei 3,31 Cent/KWh bei einer Ab-

weichung von plus - minus 0,55 Cent. Preise unter 3,30/KWH wären demnach als marktüblich zu bezeichnen, zumal wir ein sehr ungünstiges Lastprofil haben (hohe Spitzen am Vormittag, geringer Verbrauch am Nachmittag und in der Nacht).

Auch bei den Gasverträgen ist es trotz allgemein wieder leicht steigender Erdgaspreise gelungen, bei den einzelnen Anlagen die bisherigen Vertragskonditionen bis zum Jahr 2015 zu halten. Die Erdgaspreise sind bei sämtlichen Anbietern veränderlich und werden vierteljährlich angepasst (Preisleitungsformel lt. Energie Control).

Gas Energiepreis (nach Preisleitungsformel)

Bestbieter:

Salzburg AG

3,085 Cent/KWh 2013

3,12 Cent/KWh 2014

3,11 Cent/KWh 2015

Erdgas OÖ:

3,30 Cent/KWh

BBG

3,30 Cent/KWh“

GV Strobl: Kann man bezüglich der Atomenergie das ausbessern „gering oder kaum“? Außerdem bezweifle ich, dass der Gaspreis sinken wird. Der ist an den Ölpreis gekoppelt, welcher ständig steigt. Es gibt langfristige Lieferverträge mit Russland, aus denen wir nicht herauskommen.

Bürgermeister: Es geht nur um die Beschlussfassung der Zahlen, die wir von der Salzburg AG bekommen haben. An der Umformulierung in „kaum Atomenergie“ stoße ich mich nicht, das können wir machen.

Stadtrat Prem: Wurden bei den letzten Verhandlungen auch die Oberndorfer Vereine mitverhandelt?

Bürgermeister: Das ist ein anderer Bereich. Die Vereine fallen unter Kleinanlagen und hier geht es um die Großanlagen. Die Kleinanlagen verhandelt der Salzburger Gemeindeverband.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Energielieferverträge für die Jahre 2013 bis 2015 betreffend Strom und Gas mit der Salzburg AG für die oben angeführten Einrichtungen und zu den genannten Konditionen und mit der zusätzlichen Formulierung zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

17. Änderung Förderrichtlinien Solar, Wärmepumpen, Photovoltaik

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die bestehenden Förderrichtlinien der Stadtgemeinde Oberndorf für Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und/oder Teilsolarenraumheizung und für die Errichtung von Wärmepumpenanlagen soll um die Förderung von Photovoltaikanlagen ergänzt werden. Analog der bisherigen Regelung ist eine Zuerkennung einer Förderung durch die Stadtgemeinde Oberndorf an den Nachweis der Zuerkennung der Förderung durch das Land Salzburg gekoppelt. Die Höhe der Förderung wird mit 25% der Landesförderung mit einem höchstmöglichen Fördersatz von € 800,00 pro Objekt vorgeschlagen.“

Bürgermeister: Wir haben diese Förderungsrichtlinienänderung aufgrund der Bitte der Fraktion der Grünen in die Tagesordnung aufgenommen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Warum ist die Biomasse bei uns nicht enthalten?

Bürgermeister: Biomasse ist aus meinem Verständnis heraus keine Energieform, die in dem Maße gefördert werden sollte wie Solar, Wärmepumpen und Photovoltaik. Wenn das Land die Förderung verbessert hat, dann muss man sich das in der nächsten Umweltausschusssitzung ansehen. Die Diskussion haben wir schon einmal geführt. Es gibt Vergleichszahlen.

Stadträtin Petzlberger bedankt sich für die Aufnahme. Vielleicht ist es auch eine Anregung, Photovoltaik für die Schulen, die Stadthalle etc. zu verwenden.

Bürgermeister: Ich habe schon Gespräche mit Herrn Dipl.-Ing. Strebl von der Salzburg AG geführt, er wird sich das ansehen. Es darf jedoch keine finanzielle Mehrbelastung für die Stadtgemeinde bedeuten. Herr Strebl schnürt gerade ein Paket umweltrelevanter Maßnahmen. Sobald er damit fertig ist, wird er sich bei uns melden.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Ich habe gehört, dass es seitens der Behörde Schwierigkeiten gibt (bauliche, Ortsbild) hinsichtlich der Anbringung der Anlagen auf dem Dach.

Bürgermeister: Allgemein stimmt das nicht, denn die Anlagen auf dem Dach sind nach den baurechtlichen Kriterien geregelt. Es hat in einem Fall in Oberndorf Auffassungsunterschiede gegeben. Doch normalerweise wird gemäß den Bestimmungen eingereicht.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Davon weiß ich nichts, ich habe nur allgemein davon gehört.

Dipl.-Ing. Müller: Die Novellierung des Gesetzes war in der Presse. Der Gesetzgeber hat es so geregelt, dass die Anbringung prinzipiell bewilligungsfrei ist. Der Bürger hat jedoch eine Anzeige einzubringen und es ist ein Bewilligungsnachweis auszustellen.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Das heißt, der Bürger muss sich vorher erkundigen.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Wer stellt den Bewilligungsnachweis aus?

Dipl.-Ing. Müller: Im Baupolizeigesetz heißt es, die Anbringung ist bewilligungsfrei bei Erfüllung gewisser Voraussetzungen. Die Anzeige ist deshalb zu machen, damit die Behörde sieht, ob diese Kriterien erfüllt sind. Dann ist die Bewilligungsfreiheit gegeben.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Ergänzung der bestehenden Förderrichtlinien der Stadtgemeinde Oberndorf für Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und/oder Teilsolarenraumheizung und für die Errichtung von Wärmepumpenanlagen um die Förderung von Photovoltaikanlagen wie oben ausgeführt zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

18. Bedarfsfeststellung nach dem Salzburger Kinderbetreuungsgesetz

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz sieht in § 9 (4) vor, dass die Gemeindevertretung auf Antrag von Tagesbetreuungseinrichtungen den Bedarf der Kinderbetreuungseinrichtungen per Bescheid festlegt.

Nunmehr ist seitens der Betreuungseinrichtungen Salzburger Hilfswerk und Tageselternzentrum der Antrag auf Ausstellung eines Bedarfsbescheides für das Jahr 2013 eingebracht worden.

Aufgrund im Stadtamt aufliegender Daten werden Oberndorfer Kinder durch das Salzburger Hilfswerk und das Tageselternzentrum betreut. Auf Basis der bisherigen Erfahrungen, wird analog zu den Beschlüssen der Vorjahre der Bedarf von 7 bis maximal 10 Ganztages-Jahresbetreuungsplätzen vorgeschlagen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Ausstellung eines Bedarfsbescheides für das Salzburger Hilfswerk und das Zentrum für Tageseltern in Salzburg zu beschließen, wobei der Bedarf jeweils mit 7 bzw. maximal 10 Tageskindern festgehalten wird.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

19. Bebauungsplan der Grundstufe „Oberndorf-Mitte“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Durch den Eigentümer ist die Bebauung der gegenständlichen Liegenschaft innerhalb der nächsten Jahre beabsichtigt. Gemäß § 50 ROG 2009 ist daher ein Bebauungsplan zu erstellen. Zudem ist der Bebauungsplan erforderlich, um die Freigabe des Aufschließungsgebietes durchführen zu können. Die Verfahrensschritte zur Aufstellung des Bebauungsplanes werden durch §§ 50, 70, 71 und 72 ROG 2009 bestimmt.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Die Stellungnahme der Landesregierung liegt dem Akt bei (keine Einwendungen). Es kann daher der Gemeindevertretung der Bebauungsplan der Grundstufe für den Bereich "Oberndorf-Mitte" zur Beschlussfassung vorgelegt werden (Auszug aus den Bebauungsbedingungen: Baufluchtlinien zw. 2,0 und 3,1m; GFZ = max. 0,8; ZOG max. 4).“

GV Rosenstatter: Wir werden diesem Bebauungsplan nicht zustimmen, weil wir sagen, solange für das Gesamtprojekt nicht das REK erarbeitet wird, gibt es für diese Dinge keine Zustimmung.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Wir stimmen auch nicht zu, weil uns die Vorgangsweise nicht gefällt. Ich kritisiere immer die Vorgangsweise, die im Bauausschuss-Protokoll niedergeschrieben ist. Die Architekten schreiben uns vor, was wir im Nachhinein richtigstellen sollen. Wir müssen in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung dem Architekten vorgeben, was wir haben wollen. Solange sich das nicht ändert, wird es von uns keine Zustimmung geben.

Zu diesem speziellen Fall: Aus dem vorderen Bereich wurde wieder nur ein Teilstück herausgenommen. Das teilen wir cirka in der Mitte für die Straße. Das rechte Stück haben wir noch nicht. Dann müssen vor dem Architektenwettbewerb noch Änderungen vorgenommen werden. Wenn sich's nicht ganz ausgeht, wird gebastelt - das widerstrebt mir. Über das gesamte Projekt (vorne, in der Mitte und hinten) soll ein Bebauungsplan gemacht werden und der Willen bekannt gegeben werden, was dort entstehen soll. Die Begründung für die Drittelung der Geschoßflächenzahl, die mir gesagt wurde, möchte ich hier nicht wiederholen. Diese Vorgangsweise - und dass das vordere Drittel nochmals gedrittelt wird - passt jedenfalls nicht. Wir dürfen uns nicht zum Aufzeigen degradieren lassen, wir sind mündige Gemeindevertretungsmitglieder.

Bürgermeister: Wir werden euch nicht überzeugen können. Faktum ist, und das ist ein Satz von dir, den du einmal getätigt hast, der Grundstücksbesitzer braucht eine gewisse Rechtssicherheit. Diese steht ihm auch zu. Das Gebiet, über das wir heute beschließen sollen, ist der Bebauungsplan Mitte für die Gründe von Herrn Franz Wolf. Es ist Kerngebiet mit dem „Mascherl“ Verkehr. Um diese Dinge weg zu bekommen, brauchen wir diese Verfahren. Nicht die Architekten haben die Bebauungsbedingungen (0,8 / 0,65 / 0,5) vorgegeben, sondern das war ein Prozess. Und die Frau Vizebürgermeister hat es in einer ihrer Broschüren geschrieben „dank der ÖVP wird dieses Gebiet nicht dichter verbaut sonder so, wie es Sinn macht“ - was einige Empörung beim Vorsitzenden des Gestaltungsbeirates hervorgerufen hat, denn diese Bebauungsdichten wurden in einem Prozess mit dem Gestaltungsbeirat festgelegt. Das war die Voraussetzung für den Architektenwettbewerb. Heute geht es nur darum, den Bebauungsplan mit der Aufschließung Verkehr zu beschließen. Die weiteren Schritte werden folgen. Doch die Bebauungsdichte und die Abstände sind pro Grundstück festzulegen. Im vorderen Teil haben wir eine Bebauungsdichte von 0,8 und daran wird sich nichts ändern.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Ich weiß nicht, wie viele hier herinnen das REK aus 1998 gelesen haben. Es ging darum, dass im Gestaltungsbeirat diverse Prozentsätze festgelegt wurden. Dann wurde das Projekt gestartet. Man wollte sehen, wo kommt man hin mit solchen Vorgaben? Dann gab es einen Entwurf und eine erste Vorstellung und wir haben gesehen, wo wir mit diesen Zahlen hinkommen. Ich habe deutlich zu erkennen gegeben, dass es dicht ist. Du

hast immer gesagt, dass vor 10 Jahren schon beschlossen wurde, dass dort gebaut wird. Dann habe ich nachgeschaut, was wirklich drinnen steht. Da steht etwas ganz Anderes drinnen, als wir an Prozentsätzen ermittelt haben. Ich hätte eigentlich vor der Gestaltungsbeiratung das REK durchlesen sollen. Wir haben hier ein Projekt gestartet, das völlig konträr zum REK ist. Da bin ich dann ausgestiegen. Ich habe mich durch die Aussage „das haben wir vor 10 Jahren beschlossen“ in die Irre leiten lassen. Das kann und soll es nicht für Oberndorf werden!

Bürgermeister: Ich hoffe, es wird irgendwann richtig verstanden: Es geht hier mit Oberndorf-Mitte um einen Entwicklungsplan für das gesamte Gebiet, ob es kommt oder nicht. Im REK ist seit 2002 beinhaltet, dass das von mir Beschriebene jetzt Kerngebiet ist und die Schleindl-Gründe sind im REK als solches festgehalten. Jedenfalls sind sie Entwicklungsgebiet für ein- und mehrgeschossigen Wohnbau. Was die Sportflächen betrifft, so stehen diese nicht zur Debatte. Doch es geht um eine mittel- bzw. langfristige Planung, wenn diese Sportflächen eines Tages vakant werden und in Bauland umgewidmet werden. Derzeit steht im REK: Ist als Grünland oder Sportflächen zu erhalten oder Ersatzflächen sind zu finden.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Auch wenn Ersatzflächen gefunden werden, wird diese Sportfläche weiterhin bestehen. Da stehen völlig konträre Dinge drinnen.

Bürgermeister: Es wird immer eine Weiterentwicklung und Überarbeitung eines REK geben. Und diese wird es auch geben müssen, denn Herr Wolf wird sich letztendlich entscheiden, nicht mehr zu verpachten und zu verkaufen. Dann wird die Gemeindevertretung Entscheidungen zu treffen haben. Es war mir daher für mich wichtig, unabhängig davon, dass das Gebiet jetzt noch nicht zur Bebauung zur Verfügung steht, darüber nachdenken zu lassen, dass es bebaut werden kann. Das ist jetzt der Masterplan Oberndorf-Mitte.

Wir wissen beide, dass die Entwicklung dieses Gebietes nur das Kerngebiet betrifft und die Erweiterungsflächen Schleindl-Gründe, die im REK für eine Bebauung festgeschrieben sind, sollte verkauft werden. Wir wissen, dass der Grund in Oberndorf teuer ist und wir auch die Verantwortung haben, in manchen Bereichen dicht zu bebauen. 0,8 entspricht dem Ortsbild und ist an dieser Stelle verträglich. Im Gestaltungsbeirat, wo du dabei warst, wurde beschlossen: vorne 0,8, in der Mitte 0,65 und hinten 0,5, das entspricht einer Reihenhaus bzw. Einzelhausbebauung. Das ist derzeit aber kein Thema, denn die Grundstücke stehen nicht zur Verfügung. Diese Maßnahme ist nur vorausschauend und ich sehe mich hier in der Verantwortung.

GV Rosenstatter: Ich sehe trotzdem die Notwendigkeit, das REK weiter zu entwickeln, bevor man dort anfängt, Stück für Stück für den Wohnbau freizugeben. Ich möchte das Ganze vorher sauber im REK geregelt haben. Dann können wir weitermachen.

Bürgermeister: Wir unterhalten uns heute über eine Umwidmung im vorderen Bereich. Die REK-Änderung im hinteren Bereich (Wolf- und in weiterer Ferne die Frei-Gründe) stehen heute nicht zur Debatte, heute geht es nur um die Umwidmung der Wolf-Gründe. Wir haben hier gravierende Auffassungsunterschiede. Ich verstehe nicht und ich sehe es als Verzögerungstaktik - es hat eine einhellige Meinung im Gestaltungsbeirat gegeben, wo du dabei warst. Ob das Gebiet zur Verfügung steht oder vielleicht niemals bebaut wird - darum geht es nicht. Es geht um die Aufschließung „Verkehr“ für das hintere Gebiet, falls einmal eine Bebauung kommt. Theoretisch könnte es auch Grünland bleiben. Diese Gemeindevertretung betrifft es nicht mehr, jedoch die nächste. Ihr wisst alle, Herr Wolf will nicht mehr verpachten sondern irgendwann verkaufen. Oberndorf hat nicht die Ressourcen, diese großen Flächen für einen Sportplatz zu kaufen. Unabhängig davon ist ein Freizeitzentrum für Oberndorf außerhalb der Stadt schon lange ein Ansinnen der ÖVP. Der OSK war mit dem Ansinnen eines zweiten Fußballplatzes bei mir, was dort nicht machbar ist. So sind wir in der Verantwortung, ein Grundstück zu suchen. Ich schlage vor, Hannes Danner soll sich mit Herrn Wolf unterhalten oder sich mit mir als Obmann des OSK zusammensetzen, um einmal festzuhalten, was der OSK möchte. Ich werde heute abstimmen lassen über die Abänderung des Bebauungsplanes der Grundstufe und gehe davon aus, dass er beschlossen wird. Eure Vorgehenswei-

se ist eine Verhinderung, das ist täglich in der Presse zu finden. Es ist offensichtlich en vogue, Wohnbebauung verhindern zu wollen.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Ich möchte diese Form tatsächlich verhindern, weil ich denke, das ist die falsche Entwicklung. Zum OSK: 1998 wurde schon darüber gesprochen, dass Sportstätten außen zu suchen sind, doch da drinnen sollen trotzdem Bewegungs- und Sportflächen bleiben. Wie kommt Herr Wolf auf die Idee, jemals Bauland zu besitzen, wenn es im REK völlig anders drinnen steht?

Bürgermeister: Grundstücksbesitzer haben auch gewisse Rechte und müssen sich auf eine Entwicklung im Ort verlassen können. Wenn ich mir seine Aussagen in Erinnerung rufe hat er gesagt, dem vorletzten Bürgermeister hat er schon gesagt, einmal verlängert er noch die Pacht, und dann will er verkaufen. Ich frage mich, was der OSK dann macht und wo er Fußball spielen will. Ich denke, die eine Hand braucht die andere. Es wird nicht auf Konfrontation gegen können. Je mehr ihr verzögert, umso schwieriger werden sich die Sportplatz-Verhandlungen gestalten.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: 1. Es geht nicht um den OSK, sondern steht im REK klar drinnen, auch wenn ein Sportzentrum irgendwo neu geschaffen wird für den Vereinssport, dann ist diese Fläche als Frei- und Bewegungsfläche oder Grünfläche zu erhalten. Daher kann Herr Wolf sich nicht darauf berufen, dass er Vertrauen in eine gewisse Entwicklung haben kann. 2. Grundlage ist das REK und die Flächenwidmung, die ein Grundbesitzer akzeptieren muss. Wenn er möglicherweise die Option des Verkaufes als Bauland im Hinterkopf hat, wird natürlich sein Interesse am Verkauf als Sportfläche geringer sein. Ich habe auch persönlich schon mit ihm gesprochen. 3. Als Obmann des OSK angesprochen: Wenn es andere Lösungen gibt, die sinnvoll sind, bin ich der Letzte, der nicht wo anders Fußballplätze haben will. Mir ist derzeit jedoch keine Alternative bekannt, deshalb werden wir uns mit Herrn Wolf zusammensetzen müssen. Wenn es einmal eine andere Lösung gibt und die Vereinssportflächen absiedeln, muss man sich darüber unterhalten, wie es dort drinnen weiter geht. Seit 1998 ist die Nutzung unverändert so festgeschrieben. Natürlich ist das REK ein Gesetz, das wir grundsätzlich weiter entwickeln und ändern können. Doch man sollte das vorher ändern, bevor man den Grundeigentümern Vorstellungen formuliert und ihnen sagt, wir werden es schon ändern. Natürlich können wir das und ihr habt ja die Mehrheit dazu.

Bürgermeister: Ich bin die Sportplatzdiskussion leid. Ich frage mich, welche Energien wird der OSK einbringen. Es wird nicht in Richtung Gemeinde gehen können. Andere Vereine legen auch viel Engagement an den Tag. Ich werde dich in die Verantwortung nehmen und lade dich ein, beim nächsten Termin mit Herrn Wolf dabei zu sein. Fakt ist: Herr Wolf hat die besseren Karten und wir werden einen Kompromiss erzielen müssen. Das wird sein: Wir brauchen ein anderes Gebiet, eine andere Grundstücksfläche für den Fußballplatz, denn egal ob es Grünland bleibt oder bebaut wird, Herr Wolf wird es nicht mehr an den OSK vermieten. Ich zerbreche mir den Kopf für den OSK und habe eigentlich außer Widerstände für die Weiterentwicklung nicht sehr viel Unterstützung. 2017 steht vor der Tür. Ich habe Herrn Wolf abringen können, noch fünf Jahre zu verlängern. Doch letztendlich steht der Verkauf im Raum oder es bleibt Grünland. Damit wird sich jede zukünftige Gemeindevertretung auseinandersetzen müssen.

Es wird eine REK-Überarbeitung geben und es gibt einen Landesentwicklungsplan. Wohnraumbeschaffung ist notwendig. Im Ortszentrum ist eine Bebauung mit 0,8 verträglich. Herr Wolf hat mir versprochen, wenn die Dinge ins Rollen kommen, würde er mir weitere fünf Jahre zusprechen. Auch die Frau Vizebürgermeister werde ich zu den Gesprächen einladen. Es war immer klar, dass Herr Wolf eines Tages verkaufen wird.

Stadträtin Lafenthaler: Diese Diskussion halte ich für einen Wahnsinn. Herr Wolf ist eine Privatperson und das ist sein Privatgrund. Das ist das Thema, an dem sich alle aufhängen. Wenn er nicht verkauft, verpachtet etc. bleibt es weiter grün. Da können wir uns auf den Kopf stellen. Und da haben wir auch nichts davon.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Wenn wir das Grundstück in Bauland umwidmen, haben wir auch nichts davon.

Stadträtin Lafenthaler: Wir haben schon etwas davon, wir können unserer Bevölkerung Wohnungen zur Verfügung stellen.

Bürgermeister: Es geht letztendlich um Freiräume, um Gestaltung des ganzen Gebietes. Man wird mit Herrn Wolf Kompromisse erzielen, das einiges Grün bleibt. Wir reden nicht von einer Zubetonierung.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Bebauungsplan der Grundstufe für den Bereich „Oberndorf-Mitte“ gemäß § 71 Abs. 6 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): 13 Stimmen dafür (SPÖ, Grüne), 7 Stimmen dagegen (ÖVP, NOW, FPÖ)

20. Freigabe eines Aufschließungsgebietes im Bereich „Oberndorf-Mitte“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Die gegenständlichen Baulandflächen sind im FWP als „Aufschließungsgebiete - Verkehrserschließung“ gekennzeichnet. Für die Freigabe ist die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Dieser wurde erstellt und liegt der Gemeindevertretung ebenfalls zur Beschlussfassung vor. Die Verfahrensschritte für die Freigabe von Aufschließungsgebieten regelt § 70 ROG 2009.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Von gegenständlichem Verfahren sind nur jeweils Teilflächen der Parzellen 581/2 und 582/1 betroffen. Es kann daher der Gemeindevertretung unter der Voraussetzung, dass der zugehörige Bebauungsplan „Oberndorf-Mitte“ beschlossen wird, empfohlen werden, die Freigabe des „Aufschließungsgebietes - Verkehrserschließung“ für den Bereich „Oberndorf-Mitte“ zu beschließen.“

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Bebauungsplan der Grundstufe für den Bereich „Oberndorf-Mitte“ gemäß § 71 Abs. 6 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): 13 Stimmen dafür (SPÖ, Grüne), 7 Stimmen dagegen (ÖVP, NOW, FPÖ)

21. Teilabänderung Flächenwidmungsplan im Bereich „Römerweg (Billa)“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Die Verkaufsfläche des bestehenden Billa-Marktes soll auf max. 600 m² erweitert werden. Die erforderliche Standortverordnung der Landesregierung wurde bereits erlassen.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Es kann daher der Gemeindevertretung empfohlen werden, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Römerweg (Billa)" zu beschließen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich „Römerweg (Billa)“ gemäß §67 Abs. 8 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

22. Teilabänderung des Flächenwidmungsplan für den Bereich "Ziegelhaiden (Holztrattner)" mit Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Ziegelhaiden GSWB“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Die gegenständlichen Grundflächen sollen in den nächsten Jahren bebaut werden. Gemäß § 44 ROG 2009 kann der Flächenwidmungsplan geändert werden, wenn die Änderung dem räumlichen Entwicklungskonzept der Gemeinde entspricht und im Falle einer Baulandausweisung der Baulandbedarf dies zulässt. Gemeinsam mit der Flächenwidmungsplanänderung wird der bestehende Bebauungsplan abgeändert und erweitert.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Zur Stellungnahme der Vorbegutachtung durch die Aufsichtsbehörde ist festzuhalten: Das Lärmschutzgutachten wurde überarbeitet. Gegenständliche Flächen sind im Flächeneinzugsplan des RHV enthalten. Zur Situierung des Fußweges liegt eine Stellungnahme des Planers vor. Die Nutzungserklärungen wurden abgegeben. Es kann daher der Gemeindevertretung empfohlen werden, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Ziegelhaiden (Holztrattner)" samt einer Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Ziegelhaiden GSWB“ zu beschließen.“

Der Bürgermeister ergänzt: Es war ein langer Weg, dass dieses Gebiet bebaut wird. Die Bereitschaft der GSWB konnte erzielt werden, die Grundstücke zu kaufen. Die Aufschließung erfolgt über die Michael-Gundringer-Straße. Die Bebauungsdichten sind bekannt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplan für den Bereich "Ziegelhaiden (Holztrattner)" samt der Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Ziegelhaiden GSWB“ gemäß § 67 Abs. 8 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): 17 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (NOW).

23. Ehrungen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Gemeindevorsteherung hat in ihrer Sitzung am 21.11.2012 aufgrund der Dringlichkeit die Verleihung einer Ehrung an **Herrn Dr. Fritz Lepperdinger** im Rahmen der Buchpräsentation am 07.12.2012 beschlossen.

Formal ist die Verleihung einer Ehrung der Gemeindevertretung vorbehalten. Gemäß den Satzungen für die Verleihung von Auszeichnungen der Stadtgemeinde Oberndorf ist die **Verleihung der Bürgermedaille** vorgesehen.

Es wird ersucht, die durch die Gemeindevorsteherung vorgeschlagene Ehrung zu bestätigen.“

Text der Verleihungsurkunde:

„Herrn Dr. Fritz Lepperdinger wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadtgemeinde Oberndorf, insbesondere der historischen Aufarbeitung der Oberndorfer Zeitgeschichte, die Bürgermedaille der Stadtgemeinde Oberndorf verliehen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Beschluss der Gemeindevorsteherung vom 21. November 2012 über die Verleihung der Bürgermedaille der Stadtgemeinde Oberndorf an Herrn Dr. Fritz Lepperdinger zu bestätigen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): Wird einstimmig bestätigt.

24. Aufträge, Anschaffungen

Keine - entfällt!

25. Subventionen

25.1. Ferienaktionen und Veranstaltungen

Folgende Veranstaltungen und Aktionen im Jahr 2013 sollen in gewohnter Weise durchgeführt und durch die Gemeindevertretung beschlossen werden.

- Fahrkartenaktion Lokalbahn (Semesterferien, Osterferien, Sommerferien, Weihnachtsferien vom 24.12.2013 - 06.01.2014)
- Fahrkartenaktion Lokalbahn Autofreier Tag (September)
- Schikurs Schiclub Oberndorf
- Gemeinsame Ferienaktion mit der Stadt Laufen
- Sports4Fun
- Straßentheater
- Midnight Sports & Music

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die vorgenannten Aktionen und Veranstaltungen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

25.2. Vereinssubventionen

Die Unterlagen der Vereine als Grundlage zur Auszahlung des 2. Teilzahlungsbetrages sind ordnungsgemäß eingegangen und durch den Jugend- und Sportausschuss in seiner Sitzung vom 31.10.2012 zur Beschlussfassung empfohlen worden.

Verein	Vorjahres-Subvention	1. Teilzahlung 40%	2. Teilzahlung 60%
Turnverein	€ 3.000,--	€ 1.200,--	€ 1.800,--
Schiclub	€ 3.250,--	€ 1.300,--	€ 1.950,--
OSK	€ 7.600,--	€ 3.000,--	€ 4.600,--
Taekwondo	€ 1.800,--	€ 700,--	€ 1.100,--
Tischtennisclub	€ 1.100,--	€ 400,--	€ 700,--
Schachclub	€ 500,--	€ 200,--	€ 300,--

Weiters empfiehlt der Ausschuss eine einmalige Subvention von € 500,00 an den Taekwondo Verein zur internen Verwendung.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Auszahlung der vorstehenden Vereinssubventionen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

26. Allfälliges

GV Dipl.-Ing. Weiner hält fest, dass der Bürgermeister folgende Fragen, welche er nicht persönlich nehmen möchte, bereits vorweg per Mail an die Schriftführung übermittelt hat:

1.) Info über Vandalismus in Oberndorf

Vorgeschichte:

12.10.2011:

Frage an den Bgm:

Warum wurden die Oberndorfer Bürger seit 2 Jahren nicht mehr durch den Untermenüpunkt über Vandalenschäden aus der homepage des Bauhofs informiert ?

Antwort:

Es ist richtig, dass dies lange Zeit nicht geschehen ist. Ein MA hat sich bereit erklärt, diese Tätigkeit weiter durchzuführen.

07.03.2012:

Urgenz

Bgm: EDV- Beauftragter und Bauhof-MA hatten keine Zeit. Werden dies, sobald personelle Situation zulässt, nachholen.

04.07.2012:

Urgenz

Bgm: EDV-Beauftragter leider nicht dazugekommen.

Frage am 12.12.2012:

Wieso ist noch immer nichts passiert?

Bürgermeister: Die Vandalismusschäden werden vom Bauhof aufgenommen, die Kosten erhoben und anlassbezogen jeweils am Montag bzw. laufend dem Amt bekannt gegeben. Wir haben nicht die personellen Ressourcen. Mir ist wichtig, dass Dinge wie die Schneeräumung oder Sauberkeit im Ort erfolgen bzw. Vorrang haben. Wir haben Personalverhandlungen mit der Gemeindeaufsicht geführt wegen eines zusätzlichen Postens für die EDV. Unser EDV-Beauftragter, Herr Engetsberger, ist sehr engagiert, doch bereits über Gebühr beansprucht. Daher kann ich ihm nicht auch noch diese Aufgabe aufbürden. Wenn es uns gelingt, einen Lehrling anzustellen, werden wir diesen damit beauftragen. Es gibt oft wichtigere Dinge, als Vandalismusschäden aufzulisten. Es ist auch die Frage, ob so eine Veröffentlichung nicht vielleicht sogar kontraproduktiv ist, wenn die Verursachen dann lesen, welche „Erfolge“ sie mit ihrem Vandalismus erzielen und das auch noch auf der Gemeindehomepage nachzulesen ist.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Was ist, wenn ich die personellen Ressourcen beistelle, z. B. durch meinen Sohn?

Bürgermeister: Auf die Gemeinde-Homepage darf keiner zugreifen außer ein Mitarbeiter der Stadtgemeinde - bei allem Vertrauen.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Dann ist nicht zu erwarten, dass sich etwas ändert. Es gab auch früher diese Information auf Initiative eines Mitarbeiters. Aus meiner Tätigkeit in „Pro Nachbar“ habe ich das Gefühl, dass sowohl die Polizei als auch die Gemeinde die Situation des Vandalismus und der Kriminalität verschleiern und nicht aufzeigen wollen, was wirklich läuft. Man möchte sich als heile Welt zeigen. Das ist mein Eindruck.

Bürgermeister: Dieser Eindruck täuscht. Natürlich rufe ich nicht die Presse an. Es wurden zum Beispiel am Steg wieder 20 Beleuchtungen zerstört. Ich gebe denen dieses Podium nicht.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Ich führe gerne ein 4-Augen-Gespräch und erzähle, welche Erfahrungen ich mit den Mitbürgern gemacht habe, die unter Vandalenakten zu leiden haben. Es gibt Personen, die nicht einmal melden, weil sie der Meinung sind, es geschieht nichts.

Bürgermeister: Hier ist die Gemeinde bzw. der Bürgermeister die falsche Adresse. Ich könnte Ihnen über Sitzungen mit der Polizei, dem Bezirkshauptmann, dem Landespolizeikommandanten berichten, wo ich immer wieder vehement eine zweite Streife, vor allem an den Wochenenden, für Oberndorf eingefordert habe. Ab und zu bekommen wir sie. Ich habe auch gebeten, diese nicht aus dem Kontingent der Oberndorfer Polizei zu besetzen, denn die ist nicht gerade überbesetzt. Das Innenministerium ist rigoros mit der Einsparung von Dienstposten. In Oberndorf sind derzeit 4 oder 5 Personen voll im Einsatz, die anderen sind wo anders dienstzugeordnet, d. h. sie sind zwar auf dem Stellenplan, können ihren Dienst nicht in Oberndorf versehen.

Ich habe es bei Polizeikommandant Kröll immer wieder versucht, auch bei seinem Nachfolger. Es wurde mir Abhilfe zugesagt, doch wenn es keine Neuen gibt, können keine ausrücken. In der Nacht gibt es zwei Streifen für das gesamte Gebiet bis Obertrum und Bergheim, wobei auch die vorgeschriebenen Ruhezeiten einzuhalten sind. Klar ist festzustellen: Unsere Polizisten sind sehr bemüht und unterstützen die Vandalismus-Aufklärungsarbeiten sehr stark. Die Erfolgsquote bei der Aufklärung von Einbrüchen ist hoch, wobei die Ausforschung natürlich äußerst schwierig ist.

Es ist zu hoffen, dass es bald personelle Ressourcen gibt, dann werden diese Dinge wieder auf der Homepage nachzulesen sein.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Ich habe einen zweiten Frageblock an Sie gerichtet und schlage vor, nur die Fragen jetzt zu verlesen und die Antwort später zu erhalten.

2.) Aus gegebenem Anlass

2.1.) *Sind Sie über alle direkten und indirekten Finanzgeschäfte der Stadtgemeinde Oberndorf informiert und haben Sie persönlich den diesbezüglichen Durchblick?*

2.2.) *Ist sicher gestellt, dass die Stadtgemeinde Oberndorf in keine risikoreichen Finanzgeschäfte wie Swaps, Derivate etc. verwickelt ist?*

2.3.) *Hat die Stadtgemeinde Oberndorf Fremdwährungskredite aufgenommen und wenn ja, wie sieht das Ergebnis aus derzeitiger Sicht aus?*

Bürgermeister: Wenn Sie mir diese Fragen stellen bin ich nicht beleidigt, denn ich weiß nicht, ob Sie es pointiert oder ernst meinen.

Dipl.-Ing. Weiner wirft ein, er meine es ernst.

Bürgermeister: Sie meinen also, ich bin nicht in der Lage, die Geschäfte der Stadtgemeinde zu führen.

Dipl.-Ing. Weiner: Ich bewundere Sie.

Bürgermeister: Dann möchte ich Ihnen sagen, Sie sind nicht in der Lage, die Gemeindeordnung einzuhalten, denn gem. § 24 (2) ist man aufgerufen, bis drei Tage vor einer Gemeindevertretungssitzung derartige Fragen einzubringen.

In den letzten Jahren - seit 2004 - habe ich bewiesen, dass ich durchaus in der Lage bin, die Finanzgeschäfte unserer Stadt zu durchblicken, denn in der Stadtgemeinde Oberndorf lag Einiges im Argen. Wir haben uns heute schon ausgiebig darüber unterhalten. Hans Schweiberer kennt diese Zeit seit 2001. Es gab sehr viel aufzuarbeiten und es gab einige Dinge zu erledigen. Es wurde sehr viel an Steuer eingefordert oder an Förderungsmitteln eingeholt, die vorher nicht abgerufen wurden. Es war mit den Fachabteilungen Einiges aufzuarbeiten, die man in manchen Bereichen in der Funktion als Vorgesetzter abrufen muss. Ich glaube nicht, dass es Ihnen als Werksleiter einmal anders ergangen ist. Sie haben sicherlich nicht in jedem Bereich alles gewusst. Sie haben sich sicherlich auch Ihrer Mitarbeiter bzw. Fachleuten und externer Experten bedient. Ihre Anfrage heute am Nachmittag zu stellen werde ich als einen Affront gegenüber der Gemeindeordnung. Sie haben in Ihrer ersten Frage-

stellung eine ungeheuerliche Formulierung gewählt, daher beantworte ich Ihnen die Frage.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Ich verzichte auf die Beantwortung der Frage, weil sie ja widerrechtlich ist. Man kann sie streichen - sie hat also gar nicht stattgefunden.

Bürgermeister: Ich werde die Frage beantworten, Sie können die Sitzung ja verlassen. Ich werde meine Beantwortung vorlesen, denn ich glaube, dass es einzelne Gemeindevertreter und die Zuhörer interessiert.

Zu Frage 2.1.): Direkte Finanzgeschäfte der Stadtgemeinde Oberndorf werden über Darlehens- und Kontokorrentkonten abgewickelt. Die Salden der Kontokorrentkonten werden in jeder Sitzung des Überprüfungsausschusses mit den Bankauszügen kontrolliert. Das ist jedem Mitglied bekannt. Sie waren lange Mitglied des Überprüfungsausschusses. Die Salden der Darlehen sind in den Voranschlägen und Jahresrechnungen enthalten. Die Definition „indirekte Finanzgeschäfte“ ist in der Stadtgemeinde Oberndorf nicht bekannt.

Zu Frage 2.2.): Die Stadtgemeinde Oberndorf hat keine risikoreichen Finanzgeschäfte (Swaps, Derivate), auch keine Zinscaps abgeschlossen.

Zu Frage 2.3.): Die Stadtgemeinde Oberndorf hat im Jahr 2000 einen CHF-Kredit aufgenommen. Verlängerungen gab es im Jahr 2003 und 2007, Endfälligkeit 30.06.2027. Beide Verlängerungen wurden aufsichtsbehördlich bewilligt und in den Gemeindevertretungssitzungen vom 04.06.2003 und 26.09.2007 beschlossen. Der Einstiegskurs betrug 1,5670. Laut letztem Fremdwährungsbericht (09/2012) betrug der CHF-Kurs 1,2157. Dies ergibt ein Bewertungsergebnis von € - 230.786,--. Die Stadtgemeinde erwirbt als Tilgungsträger Österreichische oder Deutsche Bundesanleihen (Vorgabe Abt. 11 sichere Wertpapiere). Seit dem Jahr 2008 bis 2012 wurden Wertpapiere in der Höhe von € 169.000,-- gekauft. Im Voranschlag 2013 werden Wertpapiere in der Höhe von € 53.000,-- veranschlagt. Endstand 2013: € 222.600,--. Die Stadtgemeinde Oberndorf sichert durch die Erhöhungen der Wertpapierkäufe die Rückzahlung bei Endfälligkeit des CHF-Kredites.

Der Finanzberater der Stadtgemeinde Oberndorf, Herr Feichtinger, beobachtet die Entwicklungen des CHF-Kredites und hat in Gemeindevertretungs- und auch Überprüfungsausschuss-Sitzungen - wie Sie selbst wissen - schon Kreditbewertungen besprochen.

Ich hoffe, Ihre Anfrage zufriedenstellend beantwortet zu haben.

Trotz dieser Wortmeldung zum Schluss eine schöne Adventzeit, ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2013. Ich danke der Gemeindevertretung so weit für die Zusammenarbeit, wie sie - bis auf ein paar Dinge, die ich nicht verstehe - erfolgt ist. Ich verstehe nicht, warum man hier die große Politik hereinbringen will und Menschen persönlich angreift, die nur das Beste für die Stadtgemeinde wollen. Vielleicht sollten manche Gemeindevertreter hinterfragen, ob sie mit dem anderen so umgehen, wie sie dies auch selbst haben möchten. Ich sage dies mit Absicht, weil ich so etwas in der Gemeindevertretung noch nie erlebt habe.

In diesem Sinne nochmals ein frohes Fest und danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Zusammenarbeit!

Der Bürgermeister schließt die Sitzung um 22.37 Uhr.

Die Schriftführerin:

gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:

gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 12.12.12

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
2.	Protokoll vom 26.09.2012		
5.	GOK - Bilanz 2011		
6.	Jahresvoranschlag 2013		
7.	Jahresvoranschlag Immobilien KG 2013		
8.	Haushalt 2013		
9.	Stellenplan 2013 - Stadtgemeinde, Seniorenwohnhäuser, Krankenhaus		
10.	MFP Stadtgemeinde u. Immobilien KG		
11.	Verlängerung Kontokorrentkredit SPK		
12.	Immobilien KG - Zusatz Mietverträge Schulzentrum Watzmannstraße u. Hauptschule		
13.	Untermietvertrag BMUKK BORG und Turnhallen Watzmannstraße - Beauftragung GR mit Beschlussfassung		
14.	Nutzungsvereinbarung BHAK/BHAS/PTS		
15.	Ausschreibung Reinigungsleistungen		
16.	Energielieferverträge		
17.	Änderung Förderrichtlinien f. Solar, Wärmepumpen, Photovoltaik		
18.	Bedarfsfeststellung nach d. Sbg. Kinderbetreuungsgesetz		
19.	Bebauungsplan d. Grundstufe Oberndorf-Mitte		
20.	Freigabe Aufschließungsgebiet Oberndorf-Mitte		
21.	Teilabänderung FWP Römerweg (Billa)		
22.	Teilabänderung FWP Ziegelhaiden (Holztrattner - GSWB)		
23.	Ehrung Dr. Lepperdinger		
25.	Subventionen: Ferienaktionen, Veranstaltungen, Vereinssubventionen 2. Teilbetrag		